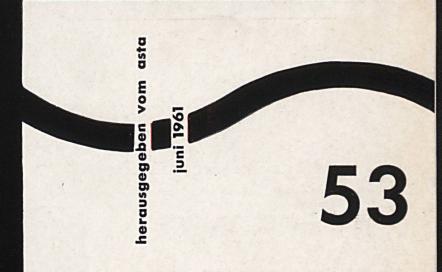
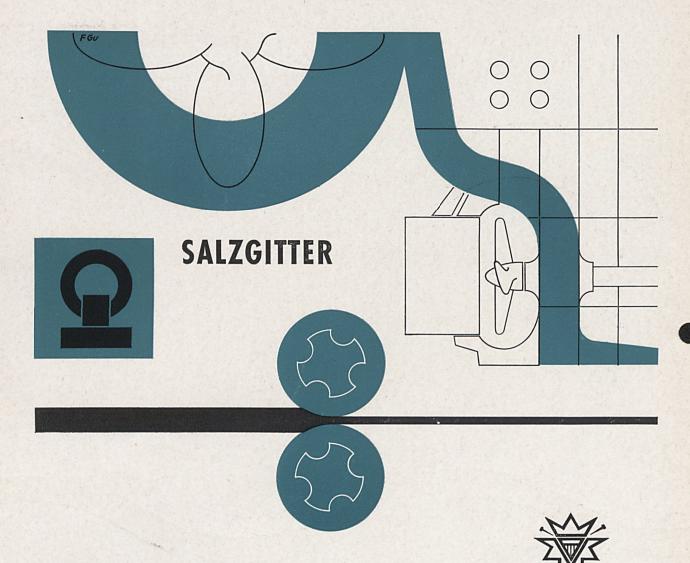


die darmstädter studentenzeitung





Auf allen Meeren der Welt

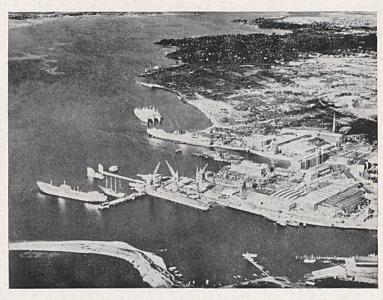
fahren seit Jahrzehnten die "Howaldt-Schiffe" aus Kiel. Vom Tankerriesen bis zum Fährschiff reicht das Programm der Kieler Howaldtswerke AG. Schiffe mit einer Tragfähigkeit bis zu 120000 tdw können heute auf dieser Werft gebaut werden.

Die Kieler Howaldtswerke AG ist eine Tochtergesellschaft des Salzgitter-Konzerns.

SALZGITTER-KONZERN

Salzgitter Industriebau GmbH, Salzgitter
Hüttenwerk Salzgitter AG, Salzgitter
Luitpoldhütte AG, Amberg
Kieler Howaldtswerke AG, Kiel
Borsig Aktiengesellschaft, Berlin-Tegel
Linke-Hofmann-Busch GmbH, Salzgitter
Salzgitter Maschinen AG, Salzgitter
Deutsche Industrie-Werke AG, Berlin-Spandau
Salzgitter Stahlbau GmbH, Salzgitter
Deutsche Schachtbau- und Tiefbohrges. mbH., Lingen

83000 Menschen arbeiten im Salzgitter-Konzern



Die Neubauwerft der Kieler Howaldtswerke AG

die darmstädter studentenzeitung

technische hochschule darmstadt Preis 0,20 DM

INHALT:

Ostpolitik								-
Geschichte d	er S	tuder	ntens	chaft				(
Umfrage: To	desst	rafe						8
Repetitorien								12
Candide								14
Martin Kesse	l, Ap	horis	men					16
Intellektuelle	Kun	st						17
Triebsprache	der I	Dikta	tur					18
Studentenkap	italis	mus						22
Badereise							7.	24
Hochschulfest								26
Freunde der	THD							27
Nachrichten								28
Riicher								30

die darmstädter studentenzeitung wird herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuß der Technischen Hochschule Darmstadt und erscheint dreimal im Semester während der Vorlesungszeit.

Redaktion: Wolfgang Repke (verantwortlich), Heimo Claasen, Wedig von Bonin, Heinz Hosch, Reiner Kraetsch.

Verantwortlich für "Wir lesen für Sie": Robert Gasch.

Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt. Klischees: Klischee-Haußmann, Darmstadt. Gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher wird keine Gewähr übernammen.

Abonnement je Semester (einschließlich Versand) 2,— DM. Anschrift der Redaktion: TH Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 852517. Sprechstunden tägl. 13–17 h, Westflügel Zwischenstock neben AStA. (Z. 167).

Bilder: Seite 2 aus "magnum", Juni 1960; Seite 7 H. Kramer; Seite 24 Auslandsreferat; Seite 29 H. Kramer.

Beilagenhinweis: Wir empfehlen Ihnen die Beilagen der Fa. Foto Hauschildt u. des Wissenschaftsrates zur frdl. Beachtung Sehr oft wurde den Studenten in letzter Zeit vorgeworfen, sie seien unpolitisch, sie seien nicht bereit, sich an der Diskussion über Probleme unserer Zeit zu beteiligen. In dieser Kritik wird einer Generation Passivität gegenüber Fragen vorgeworfen, deren Antwort unsere Zukunft bestimmen wird, und zwar einer Generation, die heute schon mitgestalten kann und morgen allein gestalten muß.

Dieser Pasivität entgegenzuwirken ist zunächst Aufgabe einer jeden Gemeinschaft und jeder Vereinigung, die durch ihre Zielsetzung gerade Jugendliche ansprechen wollen. Denn mit der gemeinsamen Gestaltung alltäglicher Probleme und Arbeiten beginnt die Einsicht in eine Verantwortlichkeit gegenüber einer größeren Gemeinschaft.

Zu Beginn eines jeden Semesters wird der kleine Vermerk auf den Stundenplänen belächelt, der auf das "studium generale" hinweist. Das "studium speciale" läßt einem Studenten nicht mehr sehr viel Zeit, sich außerfachlichen Dingen zu widmen; und dennoch bestehen an unserer Hochschule eine Reihe von Gemeinschaften, deren Charakter über den reiner Studienarbeitsgemeinschaften weit hinausgeht. Ihre Zahl und ihre Mannigfaltigkeit ist so groß, daß man meinen sollte, die Interessen eines jeden Studenten würden angesprochen. Leider ist die Zahl der wirklich in solchen Gemeinschaften und Organen Mitarbeitenden jedoch verhältnsimäßig gering. Ein großer Teil der Studentenschaft findet während des Studiums ebensowenig ein positives Verhältnis zu der offiziellen Studentenvertretung, dem AStA und seinen Organen, wie zu einer der Hochschule angeschlossenen Verbindung. Auch hier erwächst eine Berechtigung zur Kritik erst aus der Mitarbeit, aus der Beschäftigung mit dem Gegenstand der Kritik. Doch kommt zu der unfruchtbaren, da unfundierten Kritik eine sehr große Interesselosigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber allem, was abseits des Studiums liegt, was eine aktive Mitarbeit an der Studentenvertretung unmöglich werden läßt. Wenn wir jetzt wieder überall Plakate lesen: "Wohlstand für alle! Darum wählt..." so empören wir uns über eine Verdummung und politische Sterilisierung des Volkes. Wenn jedoch an manchen Hochschulen mit Freibier und dgl. für die AStA-Wahlen geworben werden muß, so ist das ein weit schlimmeres Zeichen. Denn uns Studenten ist die Möglichkeit gegeben, die Dinge genauer zu prüfen, uns ein Urteil zu bilden, zu diskutieren, abzuwägen. Mit dem Vorrecht, daß wir gegenüber anderen Gleichaltrigen unserer Generation haben, nämlich studieren zu können, haben wir auch Verpflichtungen übernommen, die wir leider sehr oft und sehr gern übersehen. Die Verpflichtung näm-lich, verantwortlich zu Dingen Stellung zu nehmen, die an uns herangetragen werden.

Die allgemeine Unverbindlichkeit, die die meisten Studenten ergriffen hat, muß überwunden werden. Man muß den Mut haben, verbindlich zu Problemen Stellung zu nehmen, um damit der Flucht in die Masse, in die Anonymität entgegenzutreten, die es unmöglich macht, den Einzelnen anzusprechen und zur Mitarbeit zu bewegen.

Wenn wir uns beklagen, daß die Studenten und damit unsere Generation unpolitisch und passiv sei, so können wir dem nicht entgegentreten, indem wir große weltpolitische und ideologische Forderungen an den Menschen ganz allgemein stellen. Der einzelne Student muß aus seiner Reserviertheit heraustreten, er muß bereit sein, vom Kritisierenden zum Mitarbeitenden zu werden.

Dann, und nur dann hat er auch die Berechtigung, für und gegen Dinge zu sprechen, die sich im Bereich unserer Hochschule bewegen und dann darüber hinaus zu Problemen Stellung zu nehmen, die diesen engen Rahmen überschreiten.



Wenn das Risiko zu groß wird

Es liegt etwas Utopisches in der Vorstellung eines atomaren Krieges. Man glaubt nicht recht, daß eine solche Katastrophe möglich sein könnte. Aber das Gefühl täuscht hier. Der unbegrenzte Atomkrieg entspricht seit einigen Jahren dem Entwicklungsstand der Strategie und der Waffentechnik. Er ist unsere heutige Wirklichkeit.

Schon mehrmals ist die Menschheit im 20. Jahrhundert bitter von der technischen Entwicklung überrascht worden. So waren alle früheren Kriege gegenüber dem ersten Weltkrieg verhältnismäßig harmlos. Trotzdem war mit dem Jahr 1918 noch kein Höhepunkt erreicht. Der zweite Weltkrieg brachte ein noch viel größeres Ausmaß der Vernichtung mit sich. In diese exponentiell steigende Entwicklungsreihe fügt sich bruchlos der Krieg mit Kernwaffen ein. Nur unsere Phantasie vermag nicht dem Fortschritt des technischen Intellekts und der organisierten Barbarei nachzukommen. Erst heute versuchen wir das dritte Reich und seine Verbrechen zu verstehen und in unser Zeitbewußtsein aufzunehmen. "Wie konnte das alles möglich sein?" fragen wir jetzt. Es war möglich und liegt nun schon über eine Generation zurück.

Wenn heute ein Kernwaffenkrieg ausbrechen würde, so wäre die Vernichtung und das damit verbundene Elend wieder um ein Vielfaches größer als alles, was das dritte Reich ausgelöst hat. Denn es ist kaum denkbar, daß ein einmal ausgelöster Atomkrieg eingedämmt und begrenzt werden kann.

Die Vertreter der "Politik der Stärke" glauben jedoch, mit der atomaren Abschreckungsmacht eine Situation geschaffen zu haben, die dem Krieg keine Chance gibt. Ein fragwürdiger Glaube an die Vernunft in der Politik! Wir wissen aus der jüngsten Geschichte, daß sich z.B. Hitler nicht vom überlegenen Waffenpotential seiner Gegner beeindrucken ließ. Wir wissen auch, daß sich heute die kommunistischen Chinesen in ihrem Fanatismus nicht von der Sinnlosigkeit eines neuen Weltkrieges überzeugen lassen.

Die Abschreckungstheorie ist eher eine Hoffnung auf die Friedfertigkeit als eine Garantie des Friedens. Mit ihr ist seit eh und je ein Risiko verbunden. Daß selbst die Bundesregierung nicht blind der Abschreckung vertraut, beweisen die Bemühungen um einen atomaren Luftschutz, die jetzt mehr und mehr anlaufen.

Die entscheidende Frage ist die nach der effektiven Größe des Kriegsrisikos, das mit den Abschreckungswaffen verbunden ist. Wenn wir z.B. sicher sagen könnten, daß bei der Fortsetzung der gegenwärtigen Politik ein Weltkrieg in den nächsten Jahren zu erwarten wäre, so würden wir wohl sofort diese Politik aufgeben und uns im äußersten Notfall sogar bedingungslos dem Kommunismus ausliefern; denn eine Verteidigung bis zum Äußersten läßt sich weder mit dem gesunden Selbsterhaltungstrieb noch mit dem weitherzigsten christlichen Gewissen vereinbaren.

Natürlich läßt sich die Frage, wie groß das Risiko eines Krieges gegenwärtig ist, nicht exakt beantworten. Es bleibt dem Instinkt des Einzelnen überlassen, sich aus den Nachrichten, Kommentaren und aus der politischen Literatur beider Fronten ein Bild von der Lage und ihren Risiken zu machen. Mit Sicherheit läßt sich nur sagen, daß das Risiko des Krieges mit der Starrheit und Kompromißlosigkeit wächst, mit der wir im Westen der kommunistischen Politik begegnen. Wenn wir scharf am Rande des Abgrundes gehen – wie schon John Foster Dulles die Politik der Stärke im Atomzeitalter charakterisierte – so überlassen wir uns blind dem Schicksal. Dann können wir – auch als freie Bürger einer freien Welt – nur noch hoffen und beten, daß uns kein Windstoß vom Rande des Abgrunds in die Tiefe reißen möge. Eine Krise, eine gefährliche Verschärfung der Lage ist schnell gegeben. Und dann läuft das ab, was im Grunde keine Seite wollte: der Einsatz der Raketen und Kernwaffen.

Es gibt keine Idee und kein Gut, die wert wären, bis zum Untergang aller verteidigt zu werden. Wem die äußere Freiheit der Gesellschaft ein Heiligtum ist, mag für sie als Einzelner kämpfen, nicht aber seiner Idee zuliebe das Leben all derer opfern, denen im Grunde am Wohlstand und an der Bequemlichkeit mehr liegt als an ideellen Werten.

Man sollte sich im Wahljahr bei uns bewußt halten, daß mit dem harten Antikommunismus das größte Risiko verbunden ist. Es ist bedenklich ruhig geworden um den "Atomtod"; es spricht niemand mehr von einer ent-militarisierten Zone für Mitteleuropa und von Möglichkeiten für eine gesicherte Neutralität und für ein wiedervereinigtes Deutschland, zumal nun auch die SPD auf den harten Kurs umgeschwenkt ist.

Sicherlich wollen wir alle unsere westliche Form des Lebens erhalten. Aber die Sicherheit gegen einen kommunistischen Überfall wird mit einem größeren Kriegsrisiko bezahlt. Die glücklichen Kindergesichter auf den Wahlplakaten und die billigen Parolen sollten uns darüber nicht hinwegtäuschen: die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit des Kernwaffenkrieges ist der schicksalhafte Hintergrund, der unsere politischen Entscheidungen letztlich zu bestimmen hat.

Deutsche Ostpolitik?

Immer wird von prominenten Politikern der BRD mit viel Pathos der feste Wille zur Einheit des Deutschen Volkes bekundet; man hat allerdings den Eindruck, daß diese Beteuerungen nur über die Ideenlosigkeit der westdeutschen Parteien hinwegtäuschen sollen. Vor einigen Jahren waren die Sozialdemokraten wenigstens noch aus Prinzip gegen die Regierungspolitik eingestellt, d. h. sie billigten die Entscheidungen der CDU meistens erst mit 2–3jähriger Verspätung, aber neuerdings - nach dem Parteitag in Hannover – hat sich die SPD nahezu angepaßt. Innenpolitisch sind bei den westdeutschen Parteien noch einige geringe Unterschiede feststellbar, außenpolitisch gibt es jedoch keine Alternative zur Regierungspolitik.

Im Westen galt bis vor kurzem die Überzeugung, daß das kommunistische Regime von selbst zusammenbrechen werde. Die Schlußfolgerung daraus war die "Politik der Stärke", die die geschwächte UdSSR zu Zugeständnissen zwingen sollte. Auf diesem Wege glaubte man in Bonn freie Wahlen für Gesamtdeutschland zu erreichen. Da die Sowjetunion nicht zerfiel, im Gegenteil einen gewaltigen Aufschwung nahm, sollte eigentlich auch die westdeutsche Regierung eine andere Wiedervereinigungspolitik betreiben.

Das Denkschema, das die Bundesregierung in den 12 Jahren ihrer Amtszeit mit großem Erfolg verbreitet hat, läßt sich etwa folgendermaßen definieren:

Der Osten ist prinzipiell böse, der Westen hingegen "von Haus aus" gut; jede Ostpolitik, die die Zustimmung des Ostens findet, ist von vornherein suspekt, denn sie nützt dem Osten und muß folgedessen für den Westen Nachteile bringen.

Aus dieser Einstellung heraus entstand - logischerweise ein Verzicht auf Ostpolitik; man hoffte auf die anfangs erwähnte Patentlösung "freie, gesamtdeutsche Wahlen". Da sich dieses Denkschema in den Gehirnen der Bevölkerung festgefressen hat, kann man selbst nach dem Bankrott der Politik der Stärke nicht umschwenken. Die CDU und mit ihr die anderen Parteien sind jetzt der Sklave der eigenen Pro-

Es hat wenig Zweck, die verpaßten Chancen oder die politischen Fehler der Vergangenheit zu beklagen, vielmehr muß, ausgehend von den Gegebenheiten der Gegenwart, nach neuen Möglichkeiten und Wegen gesucht werden.

Um echte Wiedervereinigungspolitik zu betreiben, wäre es zunächst nötig, das primitive Klischeedenken "West=gut", "Ost=böse" in der BRD zu beseitigen und im Gegensatz zu der bisherigen Propaganda eine wahrhaftige Information über die Ideologie und Zustände des Ostens zu ge-

An den folgenden 3 Beispielen sei aufgezeigt, was es zu beseitigen gilt:

Spricht Chruschtschow z. B. von dem Warschauer Pakt als dem östlichen Friedenslager, so entlockt das dem Bundesbürger nur ein ironisches Lächeln; hört er aber, daß die Nato der Garant des Weltfriedens sei, ist er sofort bereit, dem zuzustimmen. Beide Aussagen sind aber gleich richtig als auch gleich falsch. Richtig sind diese Behauptungen in dem Sinne, daß beide Seiten den augenblicklichen Frieden der Abschreckungsmacht ihrer Waffen verdanken; falsch hingegen sind diese Aussagen dadurch, daß sowohl die östliche als auch die westliche Rüstung den Weltfrieden bedroht; denn durch das allgemeine Wettrüsten wird die Wahrscheinlichkeit eines Krieges immer größer.

oder: die Unterdrückung des ungarischen Volksaufstandes ist für die meisten Deutschen eines der scheußlichsten Verbrechen in der Menschheitsgeschichte, das Suezabenteuer der Engländer und der Franzosen dagegen ist mehr oder

weniger eine Art ,faux pas'.

oder: Wenn die Freiheitskämpfer des Ungarnaufstandes gehängt werden, sind wir bis aufs Tiefste empört über so viel verbrecherischen Terror. Werden aber einige algerische Freiheitskämpfer erschossen oder gar gefoltert, so hören wir nichts davon oder es läßt uns ziemlich kalt. Beispiele dieser Art lassen sich beliebig viele finden. Es handelt sich in Ost und in West um die gleichen Tatbestände; da man hier im Westen jedoch glaubt, a priori auf der Seite des "Guten" zu stehen, mißt man mit zweierlei Maß. In Wirklichkeit glaubt aber der überzeugte Kommunist genau so gut wie der westliche Demokrat, für eine gerechte Sache zu kämpfen und ist überzeugt, daß einzig und allein nur seine Weltanschauung die Menschheit zum ersehnten Glück führen kann. Ein Kommunist wird niemals begreifen, daß der Kommunismus in Deutschland keine begeisterte Anhängerschaft findet, genauso wie der Amerikaner nicht begreift, daß "the american way of life" für die Entwicklungsländer völlig indiskutabel ist. Beide Seiten haben von der Zukunft der Menschheit alleinseeligmachende, ideologische Vorstellungen und beide Seiten verwenden zur Verwirklichung ihrer Ziele militärische, wirtschaftliche und politische Mittel, die im Widerspruch zu ihrer Ideologie stehen. Daher ist die Politik, sowohl hüben wie drüben, nicht eine Sache der Gerechtigkeit, sondern eine Frage der Macht und der politischen Interessen. Sie wird sowohl im Osten als auch im Westen nach dem Motto "Der Zweck heiligt die Mittel" betrieben und der Zweck ist beiden Seiten gleich heilig.

Nur wenn man das Problem von dieser Warte aus betrachtet, wird eine Verständigung mit dem Ostblock möglich sein. Eine Ostpolitik auf der Grundlage solcher Überlegungen bedingt eine objektive Information und Aufklärung der Bevölkerung über die wirklichen Zusammenhänge und Beweggründe der sowjetischen Politik; denn nur unter diesen Voraussetzungen kann eine Partei, die auf die Wählerstimmen angewiesen ist, das nötige Verständnis in der Bevölkerung finden. Eine Regierung könnte es sich dann auch leisten, auf primitive propagandistische Effekte zu verzichten. Allerdings wäre die Regierung in diesem Fall gezwungen, wirkliche Erfolge aufzuweisen und könnte ihre Popularität nicht auf das Aufputschen der "Feindpsychose" gründen. Es genügte dann nicht, daß Adenauer kurz vor der Wahl seinen Die-Lage-war-noch-nie-so-ernst-Ausspruch täte, um Millionen Wählerstimmen im Kampf gegen den

gemeinsamen Feind zu vereinen.

Die Frage ist nun, wie kann diese Politik aussehen: Jeder Mensch, der die realen Möglichkeiten beurteilen kann, ist sich heute klar darüber, daß es keine kurzfristige Wiedervereinigung geben wird. Freie gesamtdeutsche Wahlen erfordern ein einseitiges Zugeständnis der UdSSR und würden den Verlust der DDR für den Ostblock bedeuten. Auch in diesem Zusammenhang ist die Sowjetunion nicht böswillig, weil sie den Deutschen das Recht auf Selbstbestimmung verweigert, sondern sie versucht ihre wirtschaftlichen und politischen Vorteile zu wahren. Denn ein Recht auf Selbstbestimmung gibt es in der Praxis nicht. Dieses Recht wird weder im Osten noch im Westen allgemein praktiziert. Beide Seiten benutzen diese Formel nur, um ihren egoistischen Interessen jeweils nach Lage der Dinge ein moralisches Mäntelchen umzuhängen. Man erinnere sich in diesem Zusammenhang daran, daß die Westmächte seinerzeit gegen freie Wahlen in Vietnam eintraten, weil sie wußten, daß die Kommunisten diese Wahlen gewinnen würden. Die Folge war die Teilung des Landes.

Die Bundesregierung hat seit Kriegsende immer wieder darauf verwiesen, daß sich die Alliierten zur Wiederherstellung der Deutschen Einheit verpflichtet haben, und diese Tatsache als Alibi für ihre Konzeptionslosigkeit gewertet. Aber es gibt kein Land auf der Welt, das an der deutschen

Wiedervereinigung interessiert ist, schon gar nicht unsere ehemaligen Kriegsgegner. Das beste, was man erwarten kann, ist Gleichgültigkeit gegenüber der deutschen Frage. Es bleibt also dem deutschen Volk nichts anderes übrig, als sich selbst um seine Probleme zu kümmern, was sonderbarerweise in den letzten 15 Jahren von offizieller Seite nicht geschehen ist. (Es gibt keinen Adenauer- oder Carlo-Schmid-Plan, es gibt aber einen Eden-Plan und einen Ra-

Da eine Wiedervereinigung aus der Retorte nicht zu erreichen ist, müßten sich die Deutschen zunächst damit begnügen, die Entfremdung zwischen den beiden Teilen aufzuhalten und den Eisernen Vorhang so stark wie möglich zu durchlöchern. Wenn eine westdeutsche Regierung der Wiedervereinigung näher kommen will, wird sie um zwei Dinge nicht herumkommen:

1. Verhandlung mit der DDR-Regierung

2. eine entmilitarisierte Zone.

Zu 1. Verhandlungen mit der DDR-Regierung setzen eine Anerkennung des Pankower Regimes voraus. Das Problem der Anerkennung ist im Grunde kein Problem, es wurde von der Bundesregierung künstlich geschaffen. Die Existenz des SED-Regimes als solches kann niemand leugnen; was die Bundesregierung nicht anerkennen kann ist 1., daß die Ulbricht-Regierung aus freien Wahlen im westlichen Sinne hervorgegangen ist und 2., daß diese Regierung die volle Souveränität besitzt. Das ist aber auch nicht nötig und durchaus kein Hinderungsgrund, mit dieser Regierung zu verhandeln. Man muß sich nur von den seit 12 Jahren propagierten Denkgewohnheiten freimachen. Außer zu der Sowjetunion unterhält die Bundesregierung teilweise recht gute Beziehungen zu Regierungen, die nicht aus einer freien Wahl hervorgegangen sind und daher genau wie das SED-Regime keineswegs den Willen der Bevölkerung repräsentieren. Darunter befinden sich auch Länder, die sowohl wirtschaftlich als auch militärisch von anderen Ländern - z. B. von den USA - abhängig sind, also ebenfalls wie die DDR keine volle Souveränität besitzen. Dies ist auch relativ unwesentlich; denn die BRD wird praktisch auch keine Politik betreiben können, die den Interessen der USA zuwiderläuft, sie ist also auch nicht völlig souve-

Ein weiteres Argument gegen die Anerkennung der DDR ist die Behauptung, daß die Bundesregierung das gesamte deutsche Volk repräsentiere. Diese Behauptung ist 1. eine Gedankenfiktion, 2. äußerst vermessen und 3. völlig undemokratisch. Wie kann z. B. eine CDU-Regierung behaupten, sie vertrete nicht nur die Mehrheit in der BRD sondern gleichzeitig auch noch die 17 Millionen Deutsche jenseits des Eisernen Vorhanges, die nie Gelegenheit hatten, für die CDU ihre Stimme abzugeben. Jeder denkende Mensch muß zugeben, daß diese These völlig unhaltbar ist. Umso erstaunlicher ist es, daß sie dem deutschen Volk immer wieder serviert wird, ohne daß jemand dagegen protestiert. Zu 2. Die entmilitarisierte Zone müßte etwa die BRD, die DDR, Polen und die CSR umfassen, in der insgesamt höchstens 200 000 Mann Polizeitruppen stationiert sein dürften. Die bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen müßten zunächst unangetastet bleiben. Die wirtschaftlichen, kulturellen und

dieser 4 Länder, denen sich Österreich anschließen könnte, so stark wie möglich auszubauen.

Vorteile für den Westen: In der DDR, CSR und Polen ständen keine russischen Panzer, wodurch eine freiere Entwicklung – wenn auch nicht ein Umsturz – zu erwarten wäre. Das Berlin-Problem ließe sich einfacher lösen. Eine Ent-

politischen Beziehungen wären – so weit das bei Staaten mit verschiedener Gesellschaftsform möglich ist - innerhalb

spannung in Europa.

Vorteile für den Ostblock: Die Bundeswehr - heute schon die stärkste in Westeuropa stationierte Armee - würde nicht mehr existieren. Das Wirtschaftspotential der BRD -

das drittgrößte der Erde - würde nicht für die Produktion von Waffen eingesetzt werden können.

Vorteile für die beteiligten 4 Länder: Die Milliarden, die für die Rüstung ausgegeben werden, könnten zum Aufbau der Wirtschaft etc. verwandt werden. Das Mißtrauen in diesen Völkern könnte abgebaut werden, da keine Regierung die Völker gegeneinander mit dem Hinweis auf die

Rüstung des anderen aufhetzen könnte.

Viele werden auf diesen Vorschlag das Argument anführen, daß die BRD ohne die Truppe der Westmächte im eigenen Land hilflos der Armee der UdSSR ausgeliefert wäre. Dieses Argument ist aber heute nicht mehr stichhaltig. Erstens hätten die Truppen der Sowjetunion einen weitaus größeren Anmarschweg als bisher und zweitens würde diese Angriffsaktion genauso den Weltkrieg bedeuten wie augenblicklich. Die Vereinigten Staaten können es sich heutzutage nicht leisten, ein Land des Westens, noch dazu ein wirtschaftlich so wichtiges wie die BRD, dem Osten zu überlassen; ebenso wie Moskau nie zusehen könnte, wenn westliche Truppen in die DDR einmarschierten. Die Sicherheit der Staaten in der entmilitarisierten Zone vor einem Angriff des jeweils möglichen Gegners ist also mindestens genauso groß wie im augenblicklichen Zeitpunkt. Wahrscheinlich ist sie sogar noch größer, da die einzelnen Staaten mit dem bewaffneten Gegner keine gemeinsame Grenze haben. Da die wirtschaftliche wie militärische Kraft, die dem Osten verlorengeht, etwa dem westlichen Verlust entspricht, entsteht auch kein einseitige Verschiebung der Kräfte.

Man stelle sich vor, welchen Fortschritt in Richtung Wiederdervereinigung man schon erzielt hätte, wenn der Bundesbürger in die DDR genau so leicht wie in die Schweiz oder nach Frankreich fahren könnte. Sicher, man kann die Schweiz und die Ostzone nicht ohne weiteres vergleichen, da es sich um Länder mit verschiedener Gesellschaftsordnung handelt. Aber vielleicht ist Jugoslawien ein Beispiel dafür, daß die Frage nach freiheitlicher und unfreiheitlicher Staatsform in diesem Falle gar nicht so entscheidend ist. Jugoslawien ist ein kommunistisches Land, – in dem allerdings keine Sowjetsoldaten stationiert sind – und trotzdem sind westdeutsche Gäste, auch als Privatreisende, dort verhältnismäßig gern gesehen, und man macht ihnen bei der

Einreise selten Schwierigkeiten.

Eine Anerkennung der DDR und Verhandlungen mit ihr würden zwar zunächst einen Prestigeverlust für die Bundesrepublik bedeuten, doch würde dieser Verlust an Ansehen dadurch mehr als wett gemacht, daß wir in Zukunft auf eine Unterstützung unserer Wiedervereinigungspolitik durch die neuen Staaten Afrikas und Asiens rechnen können, was momentan nicht der Fall ist. Wie einfach ist es im Augenblick doch für einen DDR-Politiker, uns die Schuld für die Spaltung Deutschlands in die Schuhe zu schieben, indem er darauf verweist, daß alle Verhandlungsangebote der ostzonalen Regierung von Bonn zurückgewiesen wurden. Wie kompliziert hingegen ist es, den bisherigen westdeutschen Standpunkt klarzumachen. Für die meisten Entwicklungsländer wird er immer unverständlich bleiben, da für Menschen, die täglich mit dem Hunger kämpfen müssen, Worte wie Freiheit und Demokratie ohne Bedeutung sind.

Heutzutage ließe sich die Anerkennung noch als Trumpf ausspielen, um von den Sowjets Zugeständnisse in anderen Fragen zu erreichen. Dieser Trumpf verliert jedoch laufend an Wert, da immer mehr Staaten geneigt sind, die DDR anzuerkennen. Selbst bei unseren besten Verbündeten z. B. in England - mehren sich die Stimmen, die für eine An-

erkennung plädieren.

Der vorgeschlagene Weg zur Lösung des Deutschlandproblems erfordert viel Mut, Geduld und Zähigkeit, und man muß eher mit Fehlschlägen als mit Erfolgen rechnen; aber es gibt kaum eine andere Möglichkeit, die den realen Gegebenheiten Rechnung trägt. H. Hosch

Unsere Studentenschaft

Wenn man für die Darmstädter Studentenschaft ein Gründungsdatum angeben sollte, so müßte man in die 70er Jahre zurückgehen. Damals bestand an der Großherzoglichen Polytechnischen Schule ein Polytechnischer Verein, der die Vertretung der Studierenden nach außen und die Geschäftsführung innerhalb der Studentenschaft hatte. Am 13. Dezember 1875 wurde ein ständiger Polytechnischer Ausschuß gebildet. Der Ausschuß bestand aus sieben Mitgliedern und wurde für ein Semester gewählt. Diese Organisation hielt sich nur bis 1877. Es folgte eine Zeit des Interregnums, in der sich verschiedene Vereine das Recht der Gesamtvertretung streitig machten.. Im Jahre 1889 wurde der 'Ausschuß der Studierenden' der Technischen Hochschule Darmstadt gebildet. Dieser Ausschuß setzte sich aus Vertretern der Fachschaften und der Verbindungen zusammen. Er erhob sogar Zwangsbeiträge. Bald zeigte sich jedoch, daß dieses Gremium mehr oder weniger der Zu-sammenschluß der Korporationen war. Die große Masse der Freistudenten stand meistens abseits und war sehr schwer zu erfassen. Jahrelang ging das Bemühen darum, eine Vertretung aller Studenten zu bilden. Viele Ausschüsse wurden gewählt und wieder beseitigt.

Das wurde erst anders, als sich eine in ganz Deutschland sehr mächtig gewordene Bewegung auch in Darmstadt durchsetzte. Die Freistudenten hatten sich überall organisiert und formulierten auf dem Freistudententag in Weimar im Jahre 1906 ihre Forderungen folgendermaßen: "Das letzte und höchste Ziel der freistudentischen Bewegung ist die Herstellung der alten "Civitas academica", die Einigung der Gesamtstudentenschaft zu einer geschlossenen selb-

ständigen Körperschaft, die an jeder Hochschule als Ganzes neben dem Lehrkörper, der Gesamtheit der Dozenten, behördlich anerkannt wird. Gleich diesem bildet sie einen wesentlichen Bestandteil des Hochschulkörpers mit einer eigenen gesetzlich festgelegten Verfassung. Diese Gesamtstudentenschaft kann ihre Vertretung nicht durch einen Teilausschuß erhalten, der nur Angehörige bestimmter Parteien

umfaßt, sondern lediglich durch einen für alle Studenten verbindlichen auf parlamentarischer Grundlage beruhenden Ausschuß, in dem jede Gruppe der akademischen Ju-

gend die gebührende Vertretung findet."

Die festgeschlossenen Korporationen hatten an diesen Bestrebungen der Freistudenten wenig Interesse. So verschärfte sich der Gegensatz Freistudent – Korporationsstudent immer mehr. Einige Jahre vor dem 1. Weltkriege erreichte dieser Gegensatz seinen Höhepunkt. Es gab jetzt zwei Organisationen nebeneinander. Die "Wildenschaft", d. h. die organisierten Freistudenten und der "Studentenverband', der die Korporationen umfaßte. Letzterer war aus dem Ausschuß der Studierenden entstanden, der sich im Winter 1905 auflöste. Diese Auflösung des Ausschusses der Studierenden war die Folge einer Resolution an den Rektor und den Senat, in der der Wunsch ausgedrückt wurde, daß konfessionelle Verbindungen aufgelöst werden sollen. In dem neugebildeten Studentenverband waren natürlich Freistudenten und die konfessionellen Verbindungen nicht vertreten. Die freie Studentenschaft richtete Ämter ein, die zum Teil ausgezeichnet arbeiteten. Sie gaben auch eine Zeitung heraus, "Die Studentischen Nachrichten".

Der Studentenverband übernahm mehr die Repräsentation aller Studierenden nach außen hin. Der nationale Gedanke war aber bei allen Studenten, ob Freistudent oder Korporationsstudent sehr stark. Als daher im Jahre 1904 der Bismarckausschuß zum Bau des Bismarckturmes aufrief, halfen alle mit. Zusammen mit der Professorenschaft wurden die Mittel zusammengetragen, um den Bau des Bismarckturmes

auf dem Dommersberg zu ermöglichen.

Im Juli 1913 wurde der Studentenverband in den "Allgemeinen Studentenverband" umgewandelt. Das antikonfessionelle Prinzip wurde fallen gelassen. Dieser allgemeine Studentenverband war die Zusammenfassung aller Korporationen. Der Gegensatz zu der freien Studentenschaft dauerte an und wurde sogar noch stärker. Im Sommersemester 1914 durften die "Studentischen Nachrichten", die Zeitung der freien Studentenschaft nicht mehr innerhalb der Hochschule vertrieben werden. Es erschien dann, mit Einverständnis des Allg. Studentenverbandes, "Die Darmstädter Hochschulzeitung", die von der Vereinigung der Nicht-Verbindungsstudenten herausgegeben wurde.

Der Weltkrieg machte allen studentischen Arbeiten ein Ende. 1918 aus dem Felde zurückgekehrt, fanden die Studenten ein anderes Deutschland vor, das alte Reich war zertrümmert, die Wirtschaft ruiniert, die Not war riesengroß. Die studentische Jugend begann ihre Arbeit mit größtem Eifer. Es war der Wille da, alle Studenten zu einer Einheit zusammenzufassen. Als erste und einzige in ganz Deutschland erhielt die Darmstädter Studentenschaft im Jahre 1919 den Status einer öffentlich rechtlichen Körperschaft. Die alten freistudentischen Bestrebungen fanden ihre Verwirklichung. Eine Verfassung auf demokratischer Grundlage wurde im Sommersemester 1920 vom Senat der Hochschule und vom Ministerium genehmigt. Die Verfassung bestimmt, daß alle Deutschen und auslandsdeutschen Voll-Immatrikulierten der Technischen Hochschule zu einer Zwangsorganisation zusammengefaßt sind. Das studentische Parlament wurde in jedem Semester nach den Grundsätzen der Verhältniswahl neu gewählt. Die Kammer wählte aus ihrer Mitte den Ausschuß der Studentenschaft, der die Vertretung der Gesamtheit nach innen und nach außen hatte. Der Vorsitzende des Ausschusses war für die gesamte Geschäftsführung verantwortlich. Ganz besonders zeigte es sich nun als unerläßlich, die schon früher von der Studentenschaft gegründeten Ämter für die Wirtschaft und die Fürsorge weiter zu entwickeln.

Unterstützt von der Hessischen Regierung kam es 1920 zur Einrichtung einer Studentenküche. Andere soziale Einrichtungen kamen dazu und es entwickelte sich daraus das Studentenwerk.

Die Arbeit der studentischen Selbstverwaltung in den zwanziger Jahren war getragen von dem Willen, die wirtschaftliche Lage der Studenten zu verbessern. Es ist erklärlich, daß in diesen Notzeiten die Sorge um das wirtschaftliche Wohl der Studierenden im Vordergrund stand. Auf anderem Gebiete, wie auf dem Gebiete des Sports - der Leibesübung – wurde ebenfalls Bedeutendes geleistet. Das studentische Amt für Leibesübungen zusammen mit dem Hochschulausschuß – und dem Institut für Leibesübungen sorgte tatkräftig für die körperliche Erziehung der Studierenden. Als bester Beweis für diese erfolgreiche Zusammenarbeit kann der Bau des Sportplatzes (Hochschulstadion 1927-1929) angesehen werden. Den Höhepunkt im akademischen Sport der Technischen Hochschule Darmstadt bildeten die internationalen Studentenwettkämpfe im Jahre 1930.

Am 28. April 1933 wurde das Gesetz über die Bildung von Studentenschaften vom Hess. Gesamtministerium beschlossen und verkündet, welches neben der Beseitigung des demokratischen Aufbaus der studentischen Selbstverwaltung und der Einrichtung eines Führers der Studentenschaft mit autoritärer Stellung zum ersten Mal der Studentenschaft ihre Aufgaben stellte. Es zeigte sich die massive Einflußnahme nationalistischer Kräfte auf das Gesetz. Danach gehörte es zu den Aufgaben der Studentenschaft, die Gesamtheit der Studenten zu vertreten, die studentische Selbstverwaltung wahrzunehmen und an der Selbstverwaltung der Hochschule mitzuwirken (beratende Stimme im Senat, Disziplinargericht), sowie die Studenten anzuhalten, ihre Pflichten gegenüber dem Volk - Staat - und der Hochschule zu erfüllen, an der Aufrechterhaltung der akademischen Zucht und Ordnung mitzuwirken und an den sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen zur Förderung eines geistig und

menschlichen hochstehenden akademischen Nachwuchses mitzuarbeiten. Die Amtsstellen der studentischen Selbstverwaltung hatten sich der Studentenschaft gegenüber nicht mehr zu verantworten, sondern sie hatten nur einen Bericht über ihre Arbeit der allg. Studentenversammlung (Stud. Vollversammlung) zu geben. Im Herbst 1943 wurde der Einfluß der Nationalsozialisten gesetzlich verankert, durch die Abänderung des Studentenrechtes durch den Reichswissenschaftsminister. Danach wurde der Leiter der Studentenschaft nach Anhören des Rektors und des Gauführers des NS-Studentenbundes vom Reichswissenschaftsminister ernannt. Der Leiter, der dem Rektor unterstand, bestimmte seine Mitarbeiter. Die Organisation für die Ausführung und Entgegennahme von Befehlen war damit geschaffen und die Befehle ließen auch nicht lange auf sich warten. Die Studenten wurden zum Kampf gegen alles Jüdische und Liberale zu einer Gesamtaktion wider den undeutschen Geist aufgerufen, deren erste Station die Säuberung der Bibliotheken von der sog. undeutschen Literatur war und die ihre Verbrennung in einem feierlichen Akt am 10. Mai 1933. Weitere Aktionen folgten. Das ganze Streben richtete sich nur darauf, anstelle des Typus des 'Gebildeten' den Typus des Soldaten zu setzen, den Studenten einzugliedern in die Arbeit zum Aufbau des 3. Reiches. Die Arbeit der Studentenschaft erstreckte sich jetzt zum großen Teil auf die Gebiete Wehrarbeit, Arbeitsdienst, Leibesübungen und politisch weltanschauliche Erziehung im nationalsozialistischen Sinne durch den NS-Studentenbund, der geistigen SA, der nach Auflösung (teilweise auch Selbstauflösung) der Korporationen 1934/1935 und ihre Eingliederung in den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund die ganze Studentenschaft zu vertreten beanspruchte.

Während des 2. Weltkrieges waren nur wenige Studenten an der Hochschule und auch viele Professoren waren bei der Wehrmacht. Darmstadt wurde im Kriege zerstört und auch die Hochschule ist nicht verschont geblieben. Aber die Kriegsgeneration, die Studentenschaft der Nachkriegszeit, war an Ruinen und Bombenlücken gewöhnt. Man stürzte sich mit Feuereifer auf das Studium. Um Hochschulpolitik, um Selbstverwaltung kümmerten sich nur sehr wenige. Die Studenten standen dem Allgemeinen Studentenausschuß, wie nunmehr die Studentenvertretung genannt wurde, ablehnend gegenüber. Dies drückte sich besonders in der oft sehr geringen Wahlbeteiligung zu den AStA-Wahlen aus. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Vermittlung von Carepaketen, durch die Einrichtung der Schülerspeisung, vor allem aber durch die studentische Selbsthilfeeinrichtung (SSH) war das Hauptanliegen des Nachkriegs-AStA. Allmählich nur begannen die Studentenvertreter sich wieder hochschulpolitischen Problemen zuzuwenden. Dem am 31. Januar 1949 gegründeten Verband Deutscher Studentenschaften trat auch der AStA Darmstadt bei. Als Wende kann 1952/1953 angegeben werden. Es wurde eine saubere Finanzverwaltung aufgebaut, die gesamte Struktur der studentischen Selbstverwaltung reorganisiert und zum ersten Mal ein kräftiger Anstoß zur Diskussion über die Hochschulreform gegeben. 1952 erschien ,die darmstädter studentenzeitung', herausgegeben vom AStA. Der AStA erlangte die Anerkennung der Regierungs- und anderen Amtsstellen. Die hochschulpolitischen Diskussionen befaßten sich zum ersten Mal damit, den Studenten Sitz und Stimme im Senat einzuräumen. Die Studentenschaft versuchte nun auch die Verbindung zur Stadt wieder herzustellen, und veranstaltete 1951 das 1. Hochschulfest nach dem Kriege, das der Darmstädter Bevölkerung das Tor zur Hochschule erneut öffnete.

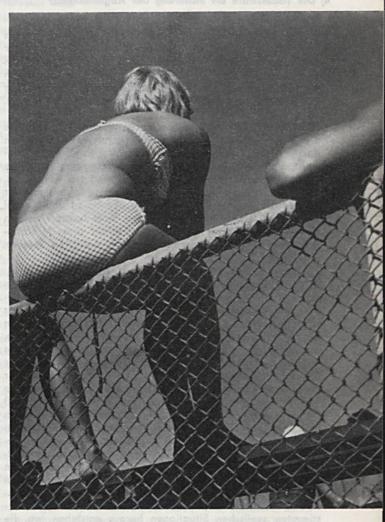
Die weitere Entwicklung der studentischen Selbstverwaltung verlief kontinuierlich. Der ständigen Forderung des AStA auf Mitbeteiligung an der Selbstverwaltung der Hochschule wurde 1958 durch den Rektor und Senat stattgegeben. Man verabredete, daß zwei Studenten bei studentischen Angelegenheiten an den Senatssitzungen mit Sitz und Stimme

teilnehmen. Ähnlich sollte in den Fakultäten verfahren werden. Dies war eine Regelung, wie sie sich im wesentlichen in der neuen Satzung der THD vom 1. Juli 1960 findet. Im Sommer 1959 begannen die großen Debatten um eine neue Satzung der Studentenschaft und endeten erst mit der endgültigen Annahme durch das Parlament im November 1960. Die Beilegung des im November 1959 stattgefundenen Mensastreikes und die Einführung des heutigen sozialen Mensaessens gelangen dank der Verhandlungen durch den Allgemeinen Studentenausschuß.

Die früher so stark ausgeprägten Gegensätze zwischen Korporierten und Nicht-Korporierten im Bereich der studentischen Selbstverwaltung sind heute einer sachlichen Zusammenarbeit im Parlament und AStA gewichen.

In der Präambel der Satzung der Studentenschaft von 1960, die die Grundlage der Arbeit des AStA innerhalb der Hochschule bildet, steht, daß die Studentenschaft die Hochschule als eine akademische Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden betrachtet und sich zu den Prinzipien der Freiheit von Forschung und Lehre bekennt.

Der Allgemeine Studentenausschuß ist laut Gesetz und Satzung der THD und der Studentenschaft die Vertretung der Gesamtheit der Studierenden der Technischen Hochschule Darmstadt. Als Institution ist er eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, er nimmt die studentische Selbstverwaltung wahr und beteiligt sich an der Hochschulverwaltung im Rahmen der ihm nach der Hochschulsatzung zugestandenen Fragen entsprechend Artikel 60 der Hess. Verfassung. Der Allgemeine Studentenausschuß setzt sich aus dem Vorstand und fünf Referenten zusammen. Er wird vom Studentenparlament gewählt und entlastet.



... auch im Hochschulstadion können Sie wählen!

Todesstrafe

Eine Umfrage an unserer Hochschule

Die Wiedereinführung der in Deutschland abgeschafften Todesstrafe ist seit Bestehen dieses Artikels im Grundgesetz ein vieldiskutiertes Thema. Nachdem Bundestagsvizepräsident Dr. Jäger es verstanden hat, über den "Spiegel" die Wiedereinführung der Todesstrafe als eine Notwendigkeit für Deutschland zu publizieren, ist in nächster Zeit eine Debatte im Bundestag über dieses Thema durchaus in den Bereich des Möglichen gerückt. Mit der unten veröffentlichten Meinungsumfrage unter einigen Professoren und Dozenten unserer Hochschule beabsichtigen wir, einen Beitrag zu einer Diskussion über dieses Thema zu leisten. Es mag für den überraschten Professor nicht immer einfach gewesen sein, auf unsere Fragen unvorbereitet zu antworten; doch glauben wir, daß diese völlig willkürliche Zusammenstellung von Meinungen interessanter ist, als eine ausgearbeitete, wissenschaftliche Abhandlung - die selbstverständlich zu einem abschließenden Urteil mindestens ebenso notwendig ist. Doch wir wollen nicht urteilen, sondern diskutieren.

Zu diesen vier Fragen – die uns Professor Dr. Pleyer freundlicherweise überließ – erhielten wir die folgenden Meinungen:

1) Die Todesstrafe als Sühne für das begangene Verbrechen?

2) Die Todesstrafe als Abschreckungsmittel?

B) Die Todesstrafe als Besserungsmittel für den T\u00e4ter?

4) Die Todesstrafe als Sicherung der Allgemeinheit?

Professor Pleyer

Wie den Hörern meiner Vorlesung "Einführung in das Recht" bekannt ist, bin ich Gegner der Todesstrafe. Zur Begründung meiner Ansicht gebe ich nachfolgend den Text einer Erklärung wieder, die ich vor einiger Zeit an den Verlag Dr. N. Stoytscheff, Darmstadt, im Rahmen einer von diesem Verlag veranstalteten Umfrage gesandt habe. Zu 1)

Es gibt kein sicheres Kriterium dafür, wann die Todesstrafe die angemessene Sühne für ein bestimmtes Verbrechen darstellt. Eine Betrachtung der Strafrechtsgeschichte beweist, daß man früher Delikte für todeswürdig hielt, die heute ausgesprochene Bagatelldelikte sind (so wurde z. B. früher in England das Ablassen eines Fischteiches mit der Todesstrafe bedroht). Erkennt man überhaupt erst einmal an, daß es Delikte gibt, die mit dem Tode bestraft werden dürfen oder gar müssen, liegt die Gefahr eines Mißbrauches der Todesstrafe, gerade auch für politische Zwecke, sehr nahe.

Zu 2)

Es gibt keinen überzeugenden Beweis dafür, daß die Todesstrafe in stärkerem Maße als andere Strafen von der Begehung gewisser schwerer Delikte abschreckt. Gerade der vergangene Knieg, in dem von der Todesstrafe in einem bisher nicht bekannten Ausmaß Gebrauch gemacht wurde, zeigt, daß auch die Abschreckungswirkung der Todesstrafe sehr schnell abstumpfen kann (es wurden immer wieder Plünderungen nach Bombenangriffen begangen, obzwar der Plündernde im Fall seiner Verhaftung mit dem sicheren Tod rechnen mußte.) Man kann sogar nachweisen, daß selbst in der Zeit, als die Hinrichtungen noch öffentlich vollzogen wurden, zahlreiche spätere Mörder vorher öffentlichen Hinrichtungen beigewohnt haben, ohne daß es gelungen wäre, sie von ihren späteren Verbrechen abzuhalten. Wenn man meint, daß die Todesstrafe gerade von Tötungsdelikten abhalte, so scheinen mir die Erfahrungen der Kriminologie gerade dafür zu sprechen, daß Tötungs-delikte mehr als alle anderen Verbrechen aus ganz bestimmten seelischen Situationen heraus entstehen, wo die Abschreckungswirkung der Todesstrafe völlig versagt.

Zu 3

Der durch die bevorstehende Hinrichtung zur Reue und Besserung gelangte Täter scheint in der Literatur eine größere Rolle zu spielen als in der Wirklichkeit. Eine solche Reue und Besserung angesichts des Schafottes ist schon deshalb problematisch, weil gar keine Möglichkeit besteht, zu überprüfen, ob es sich wirklich um eine dauernde Besserung handelt.

Zu 4)

Dieses Argument hat m. E. im Rechtsstaat überhaupt keine Berechtigung. Es gibt genügend andere Mittel, um die Gesellschaft vor unverbesserlichen Gewaltverbrechern usw. zu schützen. Im übrigen soll gerade bei Mördern der Prozentsatz der "Rückfälligen" geringer sein als bei anderen Delikten, weil eben wie oben erwähnt, Tötungsdelikte vielfach aus einer besonderen, einmaligen Situation heraus entstehen.

Wie Sie aus den angeführten Gründen ersehen können, argumentiere ich nicht vom Standpunkt einer bestimmten Weltanschauung aus, da man auf diese Art kaum überzeugende Beweise für seine Ansicht liefern könnte. Ich habe mich vielmehr bemüht, die Belange der Praxis in den Vordergrund zu rücken. Wichtig erscheint mir vor allem eines: die gesamte Diskussion um die Todesstrafe muß aus dem Bereich der Emotionen entfernt und in die Sphäre rational überprüfbarer Argumente gehoben werden. Nur so kann man wirklich überzeugen.

Wenngleich ich auch die Todesstrafe ablehne, so habe ich doch erhebliche Bedenken gegen das Verfahren, wie man sie in der Bundesrepublik abgeschafft hat, nämlich ohne gründliche vorbereitende Diskussion in der Öffentlichkeit. Es wäre m. E. besser gewesen, wenn man, wie verschiedentlich im Ausland, den Weg gewählt hätte, die Todesstrafe vorerst ohne gesetzliche Änderung faktisch abzuschaffen, indem man alle zum Tode Verurteilten zu einer langen oder lebenslangen Freiheitsstrafe begnadigt. Erst wenn diese Praxis in das Volksbewußtsein eingedrungen und überwiegend als richtig angesehen worden wäre, hätte man diesen Zustand durch eine Gesetzesänderung legalisieren sollen.

Dr. jur. Feilbach, Rechtsrat der THD

Zu 1

Die Todesstrafe befürworte ich als Sühne für schwere Verbrechen. Das deutsche Strafrecht ist ein Sühnestrafrecht, in das die Todesstrafe bei Verbrechen, die aus niedrigen Motiven begangen werden (Sexualmord, Raubmord), mit einbezogen werden kann.

Zu 2)

Im Gegensatz zu anderen Strafen ist die Todesstrafe durchaus zur Abschreckung von einer Mordtat geeignet. Die Angst vor dem eigenen abrupten Ende kann durchaus stärker sein als vor einer längeren Freiheitsstrafe, die die Möglichkeit zu einer vorzeitigen Begnadigung durchaus einschließt.

Zu 3)

Die Möglichkeit der Todesstrafe als Besserung erscheint mir sehr fragwürdig.

Zu 4

Für Kapitalverbrechen ist die Todesstrafe zum Schutz der Allgemeinheit zu befürworten, für politische Delikte aber nicht. — Es wäre denkbar, daß sich die derzeitige Einstellung der gesetzgebenden Körperschaften zur Todesstrafe ändern könnte, wenn in Zeiten des Notstandes Terrorakte gegen hohe Regierungsbeamte oder Mitglieder des Parlamentes unternommen würden.

Professor Klöppel

Zu 1)

Eine Sühne ist m. E. gar nicht möglich, denn wem soll gesühnt werden? Weder die Gesellschaft noch die unmittelbar Betroffenen werden nach Vollzug der Todesstrafe Genugtuung empfinden. Durch die Vollstreckung des Todesurteils wird ein Dritter schuldig, es sei denn, der Richter vollzieht das Urteil selbst. Der Befehlsgehorsam schaltet als Entschuldigung aus.

Zu 2)

Bei solchen Verbrechen gibt es überhaupt keine Abschrekkung. Diese Gewaltverbrecher sind nicht gewohnt, an die Folgen ihrer Tat zu denken, selbst wenn sie mit Vorbedacht handeln. Motive – gerade bei politischen Delikten – beherrschen den Menschen stärker als die Angst vor dem Tod, wie die politischen Verbrechen nachfolgende Selbstmorde in vielen Fällen bewiesen haben.

Zu 3)

Eine Besserung in der Zeit zwischen Urteilsverkündung und Urteilsvollstreckung liegt zu nahe, als daß man sie als einen "Erfolg" betrachten könne. Außerdem dürfte es den Umständen entsprechend keine völlig freiwillige Entscheidung zur Besserung sein.

Zu 4)

Eine Gesellschaft hat sich noch nie gegen Landesverrat absolut sichern können, wie die Vorgänge in den Ländern beweisen, in denen darauf Todesstrafe steht. Der Einsatz eines Landesverräters ist so hoch, daß die Gefahr, mit dem Tod bestraft zu werden, ohne weiteres gerechtfertigt wird.

Professor Romero

Zu 1) und 3)

Ich befürworte die Todesstrafe als Sühne für Kapitalverbrechen. Der Täter geht durch seine Tat eine so große Intensität der Beziehungen mit dem Getöteten ein, daß diese Intensität nur durch ein vollstrecktes Todesurteil vervollständigt werden kann.

Zu 2) und 4)

Die Todesstrafe bietet eine Möglichkeit zur Reduzierung der Kriminalität und damit einen Schutz für die Allgemeinheit. Für politische Delikte ist die Todesstrafe nicht zu befürworten.

Staatssekretär Dr. jur. W. Reuss

Zu 1

Als Sühne für Verbrechen steht dem Menschen nicht zu, menschliches Leben zu vernichten. Abgesehen davon, daß ein Leben, das Gott gegeben hat, Menschen nicht auslöschen dürfen, ist es bei der Unzulänglichkeit menschlicher Erkenntnis nicht sicher, daß das Verbrechen, dessen ein Mensch beschuldigt wird, objektiv wirklich von ihm begangen worden ist und subjektiv mit voller Schuld. Auch die besten Richter können irren. Justizmorde hat es im Laufe der Geschichte immer gegeben. Zu 2)

Als Abschreckungsmittel ist die Todesstrafe ungeeignet, wie die Geschichte des Strafrechts bewiesen hat. Wäre die Todesstrafe oder wären die grausamsten Strafen wirklich abschreckend, hätte es zur Zeit der Geltung der Carolina und hätte es im sogenannten Dritten Reich kaum schwere Verbrechen geben können. Die Kriminalistik hat aber bewiesen, daß die Todesstrafe nicht von Kapitalverbrechen abhält, zumal jeder Verbrecher hofft, die Tat bleibe unentdeckt.

Zu 3)

Die Todesstrafe als Besserungsmittel für den Täter vorzustellen, ist mir nicht möglich.

Zu 4)

Auch als Sicherungsmittel der Allgemeinheit ist die Todesstrafe ungeeignet und bedenklich. Daß die Abschreckungswirkung versagt, ist schon oben gesagt. Sie für politische Delikte zu verhängen verleitet dazu, politisch Anders-

denkende auszurotten. Zu Ende gedacht führt die Todesstrafe für politische Taten dazu, Macht als Recht anzusehen.

Professor Horn

Zu 1)

Ich befürworte die Todesstrafe für Gewaltverbrechen – Mord und schwere Sittlichkeitsverbrechen – deren Verwerflichkeit offensichtlich ist und die ihre Ursache in niederen Motiven haben.

Als Sühne für Kapitalverbrechen im Sinne von Hochverrat und Spionage jedoch lehne ich sie ab, da in diesem Falle ethische Motive des Täters eine schwerwiegende und nicht überprüfbare Rolle spielen können.

Zu 2)

Als Abschreckungsmittel halte ich die Todesstrafe nicht für angebracht, da die Kriminalstatistik die abschreckende Wirkung verneint.

Zu 3)

Aus theologischer Sicht wird die Todesstrafe als Besserungsmittel befürwortet, da der Täter zwischen Urteil und Vollstreckung zu einer existentiellen Besinnung gezwungen wird, die ihn zu einer innerlichen und persönlichen Reue führen kann.

Zu 4)

In diesem Fall bejahe ich die Todesstrafe ebenfalls, um die Allgemeinheit vor Gewaltverbrechern, die nach Verbüßung einer Freiheitsstrafe rückfällig werden, zu schützen.

Auch kann die Unsicherheit, die eine Einschränkung der persönlichen Freiheit bedeutet, und die hervorgerufen wird durch die Gefährdung der Öffentlichkeit, durch Gewaltverbrecher vermindert werden.

Professor Bock

Nach meiner Ansicht läge die einzig vertretbare Rechtfertigung für die Todesstrafe in der abschreckenden Wirkung: aus Furcht vor der zu erwartenden Strafe wird das beabsichtigte Vorhaben nicht ausgeführt.

Bei der Anwendung der Todesstrafe ist es jedoch nicht möglich, einen Justizirrtum, der nachträglich festgestellt wird, zu korrigieren. Weiterhin besteht die Gefahr, daß in politisch unruhigen Zeiten die Todesstrafe mißbräuchlich angewendet wird.

Aus diesen beiden Gründen halte ich die Todesstrafe für kein geeignetes Strafmittel.

Professor Bußmann

Zu 1)

Die Todesstrafe ist als Sühne für einen absolut nachgewiesenen Mord zu befürworten. Zu 2) dto.

Professor Schöpf

Zu 1)

Meiner Meinung nach ist es nicht Sache des Staates, seine Bürger zur "Sühne" heranzuziehen. Er hat lediglich die Aufgabe, sie zu schützen.

Zu 2)

Als Abschreckungsmittel befürworte ich die Todesstrafe und halte ihre abschreckende Wirkung auch für erwiesen. Als Beispiel möchte ich die englischen Polizisten anführen, die immer unbewaffnet sind, da in England auf Polizistenmord in jedem Fall die Todesstrafe steht.
Zu 3)

Ich halte diese Fragestellung für falsch.

Zu 4)

Diese Frage deckt sich mit der zweiten, denn m.E. wird durch die abschreckende Wirkung der Todesstrafe die Sicherheit der Allgemeinheit gehoben.

Dr. phil. Sacherl

Zu 1)

Ja. – Es gibt Kapitalverbrechen (Raubmord, Lustmord, Mord an entführten Kindern usw.), die das soziokulturelle Normengefüge unserer Gesellschaft so entscheidend in seinem Kern verletzten, daß man geradezu von einem Crimen laesae societatis sprechen könnte. Wenn man jegliche Sühnemaßnahme nicht überhaupt und radikal verwirft (worüber man freilich lange diskutieren könnte), dann ist die einzig adäquate Reaktion auf solche Verbrechen die Todesstrafe als zugegebenermaßen atavistischer Versuch, das Geschehen zu tilgen oder doch zu kompensieren.

Zu 2)

Ja. – Der Abschreckungscharakter der Todesstrafe wird zwar bestritten und durch die Kriminalstatistiken vielleicht sogar widerlegt; da aber umgekehrt die Todesstrafe keinesfalls verbrechensfördernd wirkt, wäre die Bewahrung des Lebens schon eines einzigen Unschuldigen bereits ein zureichender Grund zur Bejahung. In einer Zeit der hemmungslosen Psychologisierung des Strafrechts geht man allzu einseitig vom Täter aus; man sollte ein bißchen mehr an das Opfer denken.

Zu 3)

Nein. Zu 4)

Nein. – Aber umgekehrt sollte der politische Mord nicht unbedingt milder beurteilt werden als vergleichbare Verbrechen aus anderen Motiven (z.B. der Terrormord am Bürgermeister von Evian).

Professor Küpfmüller

Gefühlsmäßig lehne ich jede Tötung ab. Eine Urteils- und Meinungsbildung betrachte ich nur auf Grund fundierter Sachkenntnis als gerechtfertigt. Da ich die Tatsachen, die für und wider die Todesstrafe sprechen, nicht in vollem Umfange kenne, möchte ich zu einer so ernsten Frage nicht leichtfertig eine Meinung äußern; eine Befürwortung aus rationalen Gründen halte ich für möglich.

Professor Scherzer

Ich bin gegen die Todesstrafe, falls man sich dazu durchringt, Verbrecher, für deren Tat sich kein idealistisches Motiv finden läßt, zu sterilisieren, und gewohnheitsmäßigen Gesetzesbrechern die freiwillige Sterilisierung nahe zu legen. Von den vier Gründen für die Todesstrafe: Vergeltung, Abschreckung, Schutz der Mitmenschen vor dem Verbrecher und Schutz der Menschheit vor den Nachkommen von Verbrechern scheint mir der letzte der weitaus wichtigste. Wer durch sein Gewissen nicht gehindert wird, etwa einen Taxifahrer meuchlings zu morden, nur um das Fahrgeld zu sparen, der wird auch durch die drohende Todesstrafe kaum abgeschreckt werden. Seine seelische Instabilität halte ich für eine Krankheit, die mit großer Wahrscheinlichkeit erblich ist. Einzelbeispiele gegen diese Auffassung sind genau so wenig beweiskräftig wie das Gesundbleiben einer nicht geimpften Person als Beispiel gegen die Impfung. Der Versuch, Verurteilte wieder in die Gesellschaft einzugliedern, kann viel großzügiger vorgenommen werden, wenn nicht gefürchtet werden muß, daß ein Verbrecher bei großzügiger Behandlung seine seelische Instabilität

Daß die Sterilisation, wenn sie von gewissenlosen Menschen propagiert wird, das Gewissen ganzer Bevölkerungsgruppen aushöhlen kann, wie wir es in Deutschland erlebt haben, mahnt zu extremer Vorsicht. Diese Vorsicht darf aber ebensowenig zu Tatenlosigkeit verleiten, wie die Erkenntnis, daß Unachtsamkeit bei der Brandbekämpfung oder bei Massen-Impfungen leicht zu Schäden führen kann, die schlimmer sind als die Schäden, die verhindert werden sollten. Der Vorwurf mangelnden Gottvertrauens, der gegen die Sterilisierung erhoben werden kann, beeindruckt mich wenig, denn er müßte meines Erachtens genau so die Feuerversicherung, die Feuerwehr, die Schutzimpfung und die Rechtspflege treffen. Das Wort: Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott! sollte nicht nur für den Einzelnen, sondern für die gesamte Menschheit gelten.

Die grausame Rechtspflege des Mittelalters hatte den einen Vorteil, daß sie seelische Instabilität und moralische Minderwertigkeit, die immer wieder durch Mutationen in den vererbbaren Eigenschaften der Menschheit entstehen, rechtzeitig aus dem Erbgang ausgeschaltet hat. Genau so, wie wir einen Bazillenträger notfalls gegen seinen Willen behandeln, haben wir auch heute noch die Pflicht, die Menschen auf dem einmal erreichten moralischen Niveau zu halten, indem wir erkannte moralische Instabilitäten aus dem Ergbgang ausschalten. Sollten wir nicht imstande sein, dies auf humane Weise zu tun, dann gebe ich immer noch der Todesstrafe den Vorzug vor Tatenlosigkeit und Gleichgültigkeit, durch die wir uns an späteren Generationen versündigen.

Professor Kogon

Meine Antworten auf Ihre Fragen geben nicht systematisch die Gründe wieder, die gegen die Todesstrafe sprechen. Sie gehen kritisch lediglich auf die vier Argumente ein, die hier für die Todesstrafe zur Erwägung gegeben sind. Zu 1)

Sühne ist ein Akt der Wiedergutmachung. Inwiefern sollte der Tod des Übeltäters das von ihm begangene Verbrechen wiedergutmachen? Andere Leistungen vollbringen das, wenn man will, in einer gewissen Weise und in einem bestimmten Grad, nur der gewaltsame Tod nicht. (Oder meint man unter Sühne Rache? Sie in jedem Fall ist nur ein Akt der Barbarei.)

Zu 2)

Verbrechen, für deren Begehung die Todesstrafe gefordert wird – wo endet übrigens der Katalog "todeswürdiger Täter"? –, sind Handlungen entweder aus wilder Leidenschaft oder aus kalter Berechnung. Beide vergewaltigen, wenn der Mensch es zuläßt, daß sie sich in ihm durchsetzen, die sittliche Vernunft. Der Intellekt des Täters läßt sich dann ebenfalls nicht abschrecken, und er spekuliert auf seine Überlegenheit. (In einem wechselnd hohen Prozentsatz aller Verbrechen werden die Täter nicht gefunden.) Die Statistik der Länder, in denen die Todesstrafe besteht, bestätigt ihre Verfechter nicht.

Zu 3)

Solch eine Überlegung können doch wohl nur religiös Gläubige anstellen; wem sonst sollte irgendetwas an "Besserung" von Todeskandidaten gelegen sein? Wie viele Übeltäter werden denn aber just zwischen Verurteilung und Hinrichtung moralisch bekehrt? Für Christen wäre es meines Erachtens jedoch ein erschreckendes Armutszeugnis, wenn sie darauf angewiesen wären, Kriminellen gegenüber den sittlichen und religiösen Argumenten nur durch ein Todesurteil Überzeugungskraft verleihen zu können. Die Aussicht, jemanden während einer langen Strafzeit unter Bedingungen, die ständiges Nachdenken erzwingen, zur Einsicht zu bringen, scheint mir erheblich größer zu sein.

Gemeint ist offensichtlich der Schutz vor der Wiederbegehung von Kapitalverbrechen durch Kriminelle, die ihre Strafe abgebüßt haben. (Die Frage der Abschreckung generell ist ja bereits behandelt.) Wo in den Ländern, die die Todesstrafe abgeschafft haben, wäre es ein gesellschaftlich relevantes Problem geworden, daß nach Strafverbüßung oder allenfalls auf Grund von Begnadigung entlassene vormalige Schwerverbrecher erneut die gleichen Untaten begehen? Niemand hat im übrigen das Recht, auch die Gesellschaft nicht, sozusagen "der Einfachheit halber" zu töten. Es gibt andere wirksame Mittel, die Allgemeinheit zu schützen.

Professor Schüler

Kurzantworten auf große Fragen sind bedenklich, weil alles Unterscheidende dabei zu kurz kommt. Ihren Fragen gegenüber, die in's Weltanschauliche gehen, nur einige Hinweise. Bei diesem Thema stehen sich heute zwei Meinungsblöcke entgegen, deren psychologische Untergründe man bedenken sollte. Die Vernichtung und Geringschätzung menschlichen Lebens in hinter uns liegender Zeit läßt die nachfolgende Generation begreiflicherweise zögern. Sie fürchtet in der

Verhängung der Todesstrafe eine neuerliche Verletzung der übergenug verletzten Humanität. – Auf der anderen Seite häufen sich Verbrechen an Menschen, die so bedenkenlos begangen werden, daß es weiten Kreisen notwendig erscheint, die Todesstrafe zu fordern und zwar nicht unter dem Aspekt der Abschreckung etwa, sondern auch um der Humanität willen. – Die Frage ist also, ob ein Mensch durch sein schuldhaftes Verhalten nicht etwas von seiner Existenzberechtigung verliert (im irdischen, nicht metaphysischen Sinn), wobei die Justiz das später nur noch ausdrücklich bestätigt. – Erstaunlicherweise ist in der christlichen Moral, in der Gott richtende Letztinstanz ist und in der es letztlich nicht um die irdische Existenz, sondern das ewige Heil geht, dennoch der weltlichen Autorität, solang sie in Ordnung ist und als Abglanz der ewigen erstgenommen werden muß, hohe Macht eingeräumt um der gerechten Ordnung willen. Und hier ist nun die Stelle, wo das Gespräch eigentlich beginnt.

Dr. theol. Matthias

Die gestellten Fragen über die Todesstrafe setzen einen konsequenten Rechtspositivismus voraus und fragen nach der Opportunität der Todesstrafe. So kann der evangelische Theologe weder fragen noch antworten. Besonders nicht, wenn – wie in Frage drei – auf einen Heilsopportunismus gesehen wird, der die iustificatio sola gratia in Frage stellt. Wir sagen statt dessen: Was gebietet uns der in Jesus Christus den Menschen gnädige Gott über die äußersten Fälle richterlicher Gewaltausübung? Anders formuliert: Was ist das Recht in bezug auf eine mögliche Todesstrafe für den Christen?

In Genesis 9,5 und 6 lesen wir vom göttlichen Befehl, vergossenes menschliches Blut wieder durch Menschenblut zu strafen. Dieser Befehl wird im Neuen Testament nicht aufgehoben sondern bestätigt. Freilich, die Bibel ist für den Christen kein Gesetzbuch übergeschichtlicher Normen, sondern Zeugnis von Gottes Heilsoffenbarung. Kann der Mensch, indem er sich von dieser getroffen weiß, noch für die Todesstrafe plädieren?

Gewiß nicht! Er weiß zu genau, daß er selbst den ewigen Tod für seinen Rechtsbruch Gott gegenüber schuldig wäre und daß ihm Vergebung zuteil geworden ist. Damit ist das Prinzip christlicher Gerechtigkeit gesetzt: Nur lebensbe-jahende und nicht lebensvereinende Rechtsprechung kann im menschlichen Bereich ein Abbild des gerechten Tuns Gottes in seinem Kampf gegen die Untat sein. Daraus ergibt sich der leitende anthropologische Gesichtspunkt: Der Christ, der weiß, daß er sein Leben verwirkt hat, aber von Gott zum Leben begnadigt ist, wird die Solidarität mit keinem Menschen, auch nicht mit dem schlimmsten Verbrecher, endgültig aufgeben können. Er wird in dessen Untat immer zugleich einen Fehler in der selbst praktizierten Rechtsnorm und ein Abbild, wenn auch ein schlimmeres, der eigenen Rechtsbeugung Gott und den Menschen gegenüber sehen. Endlich wird er, wissend um seine Sünde, auch das Vorläufige, Widerrufliche, Reparale und Verbesserungswürdige all seiner Rechtssatzungen und Gemeinchsaftsordnungen wissen und sich in der Demut üben, die zu jedem menschlichen Urteil gehört: hinsichtlich des zu beurteilenden Tatbestandes, hinsichtlich der Frage, ob das vielleicht einwandfrei festgestellte Verbrechen nun wirklich todeswürdig ist? Jedes endgültige Wort ist das Gottes und nicht das des Menschen. Und gerade für den Theologen heißt dieses endgültige Wort Gottes nur Leben und nicht Tod. Wieviel mehr müßte das vorläufige Wort des Menschen auf das Leben des Mitmenschen aus sein!

Dem aufmerksamen Leser wird nicht entgangen sein, daß mit diesen Begründungen auch auf das spezielle Anliegen der gestellten Fragen eingegangen worden ist.







Ein guter Blick
ist mehr wert als viele Träume.
Nur wer ganz sicher ist,
darf die Augen zumachen,
wenn er Ja sagt.
(Speziell bei Polstermöbeln)

Eugen Schmidt GmbH · Darmstadt

Vorlesungen oder Repetitorien?

Ebenso wie an anderen Hochschulen gehört es in Darmstadt fast schon zum guten Ton, kurz vor dem Vorexamen in wenigstens zwei Fächern ins "Repi" zu gehen. Welche Einstellung immer man gegenüber Repetitorien haben mag, sobald sie Ausmaße angenommen haben wie an der Technischen Hochschule Darmstadt, ist das ein sicheres Anzeichen dafür, daß die Hochschule an einem entscheidenden Punkt versagt hat und ständig weiter versagt.

Der letzte Satz mag für manchen hart klingen, es soll daher versucht werden, das, was hier als Behauptung hingestellt wird, eingehender zu untersuchen.

Das Ideal

Es ist dazu erforderlich, wenigstens in wenigen Zügen etwas weiter auszuholen. Die deutsche Hochschule in ihrer heutigen Gestalt wird weitgehend bestimmt von dem Gedanken des Idealismus, insbesondere vom "Humboldtschen Bildungsideal". Ausgehend von dem Hauptgesichtspunkt, daß das oberste Ziel der deutschen Universität sein muß, "die Wissenschaft als etwas nicht ganz Gefundenes und auch nie ganz Aufzufindendes zu betrachten und unablässig sie als solche zu suchen " (Humboldt) und in der Überzeugung, daß die Beteiligung an echter wissenschaftlicher Arbeit den Studenten zu selbständigem Denken erzieht, und zugleich seinen Charakter formt, forderten die Reformer zur Zeit Humboldts:

An der Universität muß die Einheit aller Wissenschaft gewahrt bleiben.

Forschung und Lehre bilden eine Einheit, die nicht zertrennt werden darf.

Die Forderung nach der "Einheit der Hochschule" wurde mit der Entstehung Technischer Hochschulen, die in überwiegendem Maß nur die technischen Disziplinen beherbergen, zumindest modifiziert. Heute geht es entscheidend um die Frage, ob das Prinzip der Einheit und Forschung und Lehre überhaupt noch zu verwirklichen ist oder ob man gezwungen sein wird, es zu modifizieren.

Der Repetitor

Kraß formuliert stellt sich die Frage folgendermaßen: Wenn der überwiegende Teil der Studenten sowieso vor dem Vorexamen zum Repetitor geht, wieso soll man dann eigentlich nicht gleich die Grundvorlesungen von einem "Repetitor" halten lassen?

Es geht letztlich um die Frage, in welcher Art und Weise in Zukunft bestehende Lehrstühle besetzt oder neuzugründende Lehrstühle aufgebaut werden sollten. Die Frage wurde akut durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, die vergangenen Herbst veröffentlicht wurden, und auf Grund deren die Zahl der Lehrstühle um 39% erhöht werden sollen.

Änderungsvorschläge

In einem Interview, das die deutsche Wochenzeitung "Die Zeit" im vergangenen April mit dem ehemaligen Freiburger Rektor, Prof. Thieme, durchgeführt hat, wurde dieses Problem angeschnitten. Prof. Thieme zeigte die drei vorgeschlagenen Lösungswege auf:

1. Die großen Vorlesungen werden in Zukunft mehrfach gelesen. Jeder, der habilitiert ist, wird sofort in die vollen Rechte eines Lehrstuhlinhabers eingesetzt. 2. Da nicht alle Studenten für die Wissenschaft taugen, sollten in Zukunft auch zwei Kategorien von Hochschullehrern geschaffen werden: Die einen, die den Stoff weitergeben, und die anderen, die mit einem kleinen Kreis erlesener Schüler echte Wissenschaft treiben.

3. Nach dem Vorschlag des Wissenschaftsrates: Ausbau der Lehrstühle und Neubau von Universitäten.

Gegen den ersten und dritten Vorschlag legte Thieme sachliche Bedenken ein:

1. Der junghabilitierte Dozent ist selber noch ein Lernender. Er darf nicht von Anfang an mit den Hauptvorlesungen verbundenen Aufgaben der Prüfung übermäßig belastet werden. Er muß selbst erst die Überlegenheit, die zu einer Prüfung nötig ist, gewinnen.

3. Das Problem, das sich hier sofort stellt, und das aller Wahrscheinlichkeit nicht gelöst werden kann, ist: Woher den Nachwuchs für die neuzuerrichtenden Lehrstühle nehmen. Prof. Thieme ist hier, wohl mit Recht, sehr pessimistisch. Allerdings kann er auch keine Lösung nennen. Gegen den zweiten Vorschlag zieht Prof. Thieme allein mit "Prinzipien" zu Felde: "Der Vorschlag würde einen Bruch mit der alten Humboldt'schen Idee der Einheit von Forschung und Lehre bedeuten."

Prof. Thieme nennt als Verfechter des zweiten Vorschlages nur den Freiburger Professor Ritter, dessen Vorschläge ("Die Krisis des deutschen Universitätswesens", Tübingen 1960) er reichlich simpliziert darstellt. Er scheint dabei völlig zu übersehen, daß bereits im Jahre 1956 ein entsprechender Gedanke von einer Gruppe von 21 Professoren, dem Hofgeismarer Kreis, vorgetragen wurde. Es ist kaum anzunehmen, daß Prof. Thieme von diesen Reformvorschlägen nichts wußte: die Schrift "Gedanken zur Hochschulreform – Neugliederung des Lehrkörpers –" ist einer der wenigen, fast bis ins letzte Detail durchgedachten Reformvorschläge zu einem Spezialgebiet der Hochschulreform, der seit 1945 der deutschen Offentlichkeit vorgelegt wurde. Es scheint lohnend, die Grundzüge dieses Reformvorschlages kurz darzulegen:

Neugliederung des Lehrkörpers?

Die traditionelle Zweiteilung der Aufgaben des Hochschullehrers in Forschung und Lehre beschreibt heute nicht einmal annäherungsweise die Vielfalt der Aufgabe. Neben den technischen und Verwaltungsaufgaben treten vier verschiedene Tätigkeitsarten:

Forschung: Erkenntnis der Wahrheit, Vermehrung des Wissens, Verbesserung der Methodik.

Lehre: Aus dem eigenen Erleben der Forschungsarbeit werden der jungen Generation Methoden und Erkenntnisse zu eigener Forschung oder wenigstens zum kritischen Beurteilen der Ergebnisse der Forschung vermittelt

teilen der Ergebnisse der Forschung vermittelt. Unterricht: Berufsvorbildung: Vermittlung systematisch geordneter Erkenntnisse und Methoden für die Arbeit an der Weiterentwicklung der Wissenschaft oder für die Ausbildung eines akademischen Berufes.

Erziehung: Formung des Charakters im Umgang mit wissenschaftlich gebildeten und erfahrenen Menschen.

Die Forschung ist die gleiche geblieben: die Lehre wurde aufgeteilt in Lehre, Unterricht und Erziehung.

Es heißt: "Man hat das Anschwellen der Studentenzahlen lange Zeit für eine vorübergehende Erscheinung gehalten und keine Folgerungen für eine Neuordnung des Verhältnisses von Forschung und Lehre und Erziehung daraus ge-

zogen. Heute weiß man, daß es sich nicht um eine vorübergehende Erscheinung handelt." Gewiß, man weiß das inzwischen, aber bisher hat sich der überwiegende Teil der Hochschullehrer noch nicht dazu bereit finden können, in irgendeiner Weise die Konsequenzen in theoretischer Hinsicht aus diesem Phänomen zu ziehen.

Unterricht und Lehre

Zwar hat, und das erkennt der Hofgeismarer Kreis an, eine Reihe von Professoren sich praktisch schon auf den Zustand eingestellt. Unter Vernachlässigung von Forschung und Lehre widmen sie sich fast ausschließlich dem Unterricht. "Angesichts dessen berührt es merkwürdig, wenn man sieht, mit welcher Hartnäckigkeit bestritten wird, daß man für die Berufsvorbildung so großer Studentenzahlen eine besondere Gruppe von Lehrern braucht. Dabei ist doch nur eine unter dem Zwang der Umstände längst vollzogene Entwicklung als Tatsache anzuerkennen und zu legalisieren."

Eine der Folgen, daß man dazu nicht bereit ist, sind die Repetitorien. Hier liegt ein untrüglicher Beweis dafür vor, daß die Hochschule eine wichtige Pflicht nicht erfüllt. Eine nicht unerhebliche Zahl von Professoren ist entweder nicht in der Lage oder nicht bereit, die Aufgabe des Unterrichts wahrzunehmen.

Ein weiteres Argument: Bei der ständig steigenden Spezialisierung und Komplizierung ist ein erhebliches "Handwerkliches Können" erforderlich, daß durch einen besonderen Unterricht vermittelt werden muß.

Um diesen Aufgaben begegnen zu können, schlägt der Hofgeismarer Kreis eine Funktionsteilung vor: Eine Spitzengruppe des Lehrkörpers soll stärker als bisher für Forschung und Lehre freigestellt werden können, der Unterricht als Berufsvorbildung soll von einer besonderen Gruppe des Lehrkörpers übernommen werden.

Die entscheidenden Kriterien für die Unterrichtsgruppe (neben den erforderlichen Qualifikationen, im Regelfall der Promotion) muß "pädagogisch-didaktisches Geschick, Einfühlungsvermögen und die aus menschlicher Reife fließende Kraft, auf jüngere Menschen zu wirken und sie zu leiten", werden.

Das schwierigste Problem dürfte sein, einer derartigen

neu institutionalisierten Gruppe das erforderliche Ansehen zu geben, so daß es nicht zu unschönen Konkurrenzerscheinungen kommt: ausreichende Besoldung und ein ansprechender Titel.

Vielleicht wäre das Problem gar nicht so brennend, wenn man dafür vorwiegend Menschen beruft, die sonst für die Hochschullaufbahn kein Interesse gezeigt hätten und für die dieser Schritt ein gesellschaftlicher Aufstieg bedeutet.

Die permanente Krise

Obgleich dieser Plan fast bis ins letzte durchdacht ist, hat der Wissenschaftsrat bei seinen Empfehlungen nur sehr zurückhaltend auf ihn zurückgegriffen. Das Nachwuchsproblem, das in den Vorschlägen des Hofgeismarer Kreises organisch in die Gesamtkonzeption eingebaut ist, wurde praktisch überhaupt nicht angeschnitten. Es ist fast zu befürchten, daß die volle Verwirklichung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates bedeuten, daß eine grundlegende Reform auf unbestimmte Zeit vertagt wird und die derzeitigen teilweise untragbaren Zustände zementiert werden. Es besteht die Gefahr, daß die derzeitige Krise der deutschen Universität zu einem Dauerzustand wird. Das könnte das Ende der speziellen "deutschen" Hochschule bedeuten. Auch wenn die Empfehlungen des Wissenschaftsrates die Gefahr der Zementierung der derzeitigen Zustände bergen, in der Möglichkeit, neuzuerstellende Universitäten nach einem fest fundierten Konzept, einem auf unsere Zeit abgestellten Hochschulideal zu errichten, liegt eine einmalige Chance. Erforderlich ist allerdings, daß eine Grundkonzeption besteht. Leider ist bisher davon wenig zu sehen. Die Studentenschaft hat ein legitimes Recht, an der Hochschulreform mitzuwirken. Wir haben deshalb einer Reihe von Professoren unserer Hochschule folgende Fragen gestellt:

Welche Gründe sind Ihrer Meinung dafür ausschlaggebend, daß der überwiegende Teil der Studenten unserer Hochschule Repetitorien besucht.

Wollen Sie diesen Zustand abstellen und welche Möglichkeiten sehen Sie dazu?

Glauben Sie, daß eine Umgliederung des Lehrkörpers im Sinne der Vorschläge des Hofgeismarer Kreises durchführbar ist? K. Knothe



Candide

Kapitel, welches berichtet von der Welt, in der Candide lebte.

Es war im freien, christlichen Abendland in den fetten fünziger Jahren. Überall in Stadt und Land herrschte eitel Freude. Die Frauen hatten ihre Nerzstolas, die kleinen Mädchen ihre Petticoats und die Regierungspartei ihren Kanzler. Die Arbeiter machten Überstunden, die Manager bekamen Herzinfarkte, die Witwen hohe Pensionen und im Sommer fuhren die Menschen nach Italien. Die Rentner hatten ihre Fernsehapparate, die Teenagers ihre Musikbox, die Landwirtschaft hatte ihren grünen Plan, die Beamten ihre Leihwagen und die Studenten ihr Honnefer Modell. Löhne und Preise kletterten einträchtig nebeneinander in die Höhe und die Manager der Konzerne und der Gewerkschaften kletterten aus den gleichen schwarzen Mercedes-Limousinen. Die Fabriken produzierten unermeßliche Mengen überaus notwendiger Güter, wie Kaugummi, Autos, Perlonstrümpfe, Maschinenpistolen, Fernsehgeräte, Abführpillen, Damenwäsche und Kühlschränke. Um das Glück der Menschen vollkommen zu machen, wurde die abstrakte Malerei und die Bildzeitung erfunden. Alle diese Dinge wurden gekauft, bar, auf Kredit, auf Raten mit oder ohne Anzahlung. Die Kulturkritiker schrieben darüber abfällige Zeitungsartikel und kauften sich von den Zeilengeldern Kashmere-Mäntel und Flugkarten nach Teneriffa. Das Persil wurde von Jahr zu Jahr besser, und die Lyriker behaupteten mit gro-Ber Inbrunst das gleiche von ihren Gedichten. Sonntags fuhren die Menschen ins Grüne oder zur Kirche, die, seit sie von modernen Architekten gebaut wurden, aussahen wie Getreidesilos oder Fördertürme. Dort sprachen sie oft vor sich hin: Herr erhalte unseren Wohlstand, tilge unsere Schulden und laß die VW-Aktien steigen. Das Geschäft florierte, die Lobbyisten schlichen durch die Wandelgänge der Ministerien, der Spiegel wußte alles besser, und die Parteien wählten sich die Schönsten und Einfältigsten zu ihren Oberhäuptern. Niemand wollte Experimente, die Wahlen wurden nur noch pro forma abgehalten und nur die Unzufriedenen warteten auf das zweite Fernsehprogramm. Als der Strom der Steuergelder immer mehr anschwoll, bewilligten sich die Abgeordneten zuerst höhere Diäten, dann kauften sie in aller Welt Panzer, Düsenjäger und Raketenkreuzer. Das kostete soviel Geld, daß man davon

bequem die Bevölkerung eines ganzen Erdteils einschließlich der politischen Gefangenen drei Jahre lang hätte ernähren können. Dann wurde die Entwicklungshilfe entdeckt und das Parlament war seine Sorgen und sein Geld las

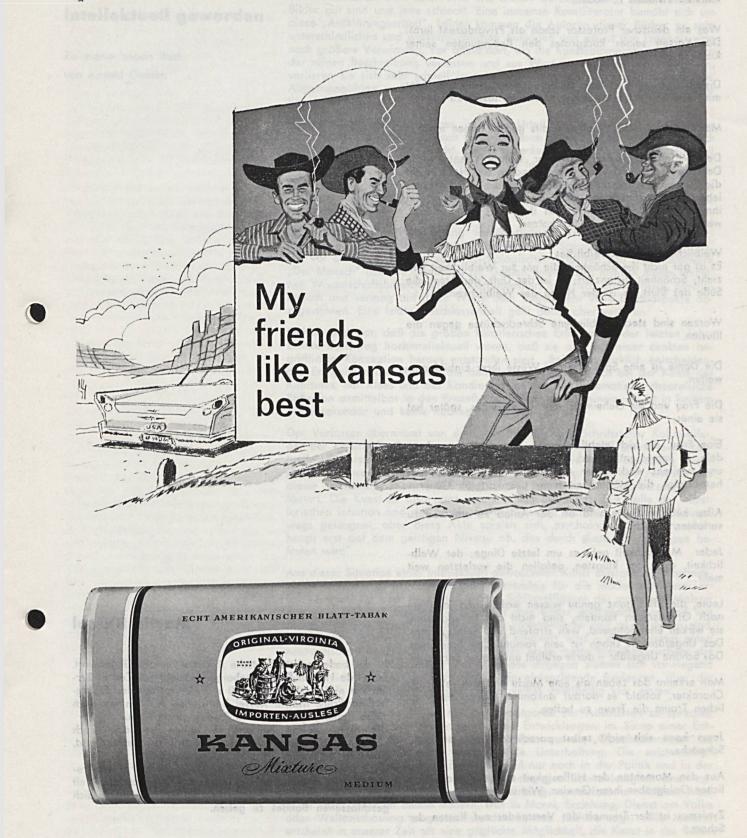
In jener Zeit also, als die Menschen immer wohlhabender, dümmer und zufriedener wurden, lebte ein junger Mann mit Namen Candide. Die Natur hatte ihm eine empfindsame Seele, einen wohlbeschaffenen Verstand und ein schlichtes Gemüt verliehen.

Kapitel, welches berichtet von der Herkunft Candides und von seiner Liebe zu Kunigunde.

Candide lebte bei der Familie van Thunder. Seine Herkunft war dunkel und geheimnisumwittert. Die Leute munkelten, er entstamme einer illegitimen Verbindung des van Thunder mit einer malaischen Lebedame. In Wirklichkeit war er ein Waisenkind, das die Familie in einem Anfall philantropischen Deliriums aufgenommen hatte, als während des Koreakrieges die Geschäfte besonders gut gingen. Herr van Thunder hatte sein erstes Geld mit Schrott verdient, war aber mittlerweile so fein geworden, daß er kaum noch mit sich selbst verkehrte. Er hatte eine schöne Frau von sanftem aber nachdrücklichem Schwachsinn. Am schönsten von allen aber war Kunigunde, die Tochter des Hauses. Pangloss, der Hauslehrer unterrichtete Candide. Dieser lauschte den Lehren des weisen Mannes. Pangloss sagte, daß sie alle in der schönsten aller möglichen Welten lebten, daß, da alles zu einem Zwecke geschaffen sei, alles notwendigerweise dem besten Zwecke diene, und daß es vor allem keine Wirkung ohne Ursache gäbe. Candide hörte diese Lehren mit der ganzen Gutgläubigkeit seines Alters und fand alles ebenfalls überaus schön, vor allem Kunigunde, denn diese war von so außerordentlicher Schönheit wie man sie bei Frauen nur in Verbindung mit einem heiteren und einfältigen Gemüt findet. Candide war Kunigunde herzlich zugetan und glaubte, daß in dieser schönsten und besten aller Welten Kunigunde zu keinem anderen Zwecke geschaffen sein könne, als ihm Freude zu bereiten, und ebendasselbe glaubte Kunigunde von Candide. Als der van Thunder einsah, daß er gewisse Dinge nicht ungesehen machen konnte, verzichtete er darauf, Kunigunde mit einem Adligen zu verheiraten und versprach sie Candide zur Frau. Der van Thundern sagte: "Candide, ehe du in unsere Familie aufgenommen wirst, mußt du ein anständiger Mensch werden. Da du über keinerlei Reichtümer verfügst, wird dir und Kunigunde niemand mit der gebührenden Achtung entgegentreten. Um diesen Makel wettzumachen, wirst du ein Universitätsdiplom oder den sozialprestigeträchtigen Titel eines Doktors erwerben." Candide, der von den Dingen dieser Welt keine Ahnung hatte, war ob dieser Rede sehr verwundert, da er aber Kunigunde über alles liebte, machte er sich auf den Weg und zog nach einer der Hochschulen des Landes.

Kapitel, welches berichtet von den ersten Erlebnissen des jungen Candide in seiner neuen Umgebung.

Candide erlebte schreckliche Dinge, sehnte sich nach Kunigunde und zweifelte an der praestabilisierten Harmonie des Weltalls. Bald nach seiner Ankunft fand die feierliche Immatrikulation statt. Alle waren in schwarz gekleidet, es wurde musiziert und ein Mann mit einer Halskette hielt eine schöne Rede; dann hielt ein Student eine Rede, in der noch mehr Fremdwörter vorkamen. Alle waren in einer erbaulichen Stimmung, die Professoren dachten an ihre Gutachten und die Studenten an das Mensaessen. Dann wurde ein Gelübde abgelegt. Alle sagten im Chor, daß sie von nun an in der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden nach Wahrheit streben wollten, um sich selbst und der Menschheit zu nützen, und die ganz Ehrlichen ließen das mit der Menschheit weg. Candide hatte bisher derartige Absichten nie gehabt. Er war ausgezogen, seine Kunigunde zurückzuerobern und nicht um nach Wahrheit zu streben. Ihm reichte seine Gemeinschaft mit Kunigunde und er hätte auf die mit den Lernenden gern verzichtet, von der mit den Lehrenden ganz zu schweigen, die wie er erleichtert später feststellte, auch gar nicht existierte. Bisher hatte das Glück dieser Erde für ihn darin bestanden, immer schön braun zu sein, im Sportwagen des Herrn van Thundern spazieren zu fahren und von Kunigunde geliebt zu werden; jetzt vor die Alternative gestellt war er bereit, wenn es sein mußte sogar nach Wahrheit zu streben und der Natur ihre unanständigen Geheimnisse zu entreißen, die ein Mann von Welt mit dem Mantel der Diskretion umgeben hätte. Vorläufig war er allerdings vollauf mit anderen Dingen beschäftigt. Er mußte Fragebogen ausfüllen, in langen Schlangen anstehen und sich Plätze in den Vorlesungen erkämpfen, bis er die absolute Nutzlosigkeit dieses Tuns erkannte und beschloß, zunächst jedweder Beschäftigung zu ent-(Wird fortgesetzt)



echt amerikanischer Blatt-Tabak 150

Aphorismen sind Schnäpse: Es genügt ein Schluck, um die klarsten Visionen zu haben.

Was ein deutscher Professor schon als Privatdozent lernt: Das Korsett seines Rückgrates den Bedingungen seiner Karriere anzupassen.

Diskussionen sind deshalb so berauschend, weil sich jeder mit Wein betrinkt, um wenigstens Wasser lassen zu können.

Mancher sagt nichts, weil er nichts gesagt haben möchte.

Der Mittelstandsdeutsche ist der wahrhaft entsetzliche Deutsche. Er ist nicht die Regel, sondern die Norm, nicht die Ordnung, sondern die Ordentlichkeit. Er ist der Musterlehrer und Musterschüler. Sämtliche Eigenschaften sind bei ihm auf ein Maß gebracht, das ihm nicht mehr erlaubt, wenn es ihm schlecht wird, zu kotzen.

Weibliches – Unbeschreibliches Es ist gar nicht die Schönheit, die uns zur Weiblichkeit hinzieht; Schönheit distanziert; es ist der Duft, der Atem, die Süße des Bluts, es ist der Honig der Weiblichkeit.

Warzen sind steckengebliebene Schreckschüsse gegen die Illusion.

Die Dame ist eine Sphinx in der Wüste ihrer Einbildungswelten.

Die Frau und ihr Geheimnis: Erst ist sie eines, später hat sie eines.

Eine Frau, die sich einbildet, nach Grundsätzen zu handeln, ist immer entzückend. Erstens reitet sie hohe Schule, und zweitens weckt jeder Augenblick, da sie vom Pferd herabsteigt, die Möglichkeit einer unerwarteten Gunst.

Allzu hübsche Beine sind oft der Anlaß zu einem allzu verlebten Gesicht.

Jeder Männlichkeit geht es um letzte Dinge; der Weiblichkeit, auch der klügsten, gefallen die vorletzten weit mehr.

Leute, die alles ganz genau wissen wollen und in allem nach Grundsätzen handeln, sind nicht die Lebendigsten, sie wirken eher lähmend, weil strafend und selbstgerecht. Das Ungefähr im Leben ist sein romantischer Spielraum. Das Schöne Ungefähr – darin erblüht unser aller Entzücken.

Man erkennt das Leben als eine Macht und sich selbst als Charakter, sobald es darauf ankommt, einem ursprünglichen Traum die Treue zu halten.

Jesus kann sich nicht selbst parodieren, das ist seine Schwäche.

Aus den Momenten der Hilflosigkeit schöpfen die christlichen Goldgräber ihren Gewinn. Wie unfair!

Zynismus ist der Triumph des Verstandes auf Kosten der Scham.

Gegen die eigene Spucke hat niemand was einzuwenden.

Eine alltägliche Schreckvorstellung: In der Bedürfnisanstalt von hinten erdolcht zu werden.

Martin Kessel

ist der bedeutendste deutsche Aphoristiker der Gegenwart. Er wurde 1901 in Plauen geboren und lebt zur Zeit in Berlin. Vor einigen Jahren erhielt er in Darmstadt den Georg-Büchner-Preis. Martin Kessel hat neben Aphorismen auch einen Roman, Novellen und Essays geschrieben. Die hier zitierten Aphorismen haben wir dem Buch "Gegengabe" entnommen, das kürzlich bei Luchterhand, Neuwied, erschienen ist. (256 Seiten, DM 28,50). Unsere Auswahl ist bewußt subjektiv, in keiner Weise repräsentativ. Einen tiefen Einblick in die faszinierende Welt des Dichters vermag nur eine Lektüre des ganzen, in sich geschlossenen Bandes zu geben.

Die Kunst ist intellektuell geworden

Zu einem neuen Buch von Arnold Gehlen Was heute als Kunst vorgelegt wird, ist nicht für jeden ohne weiteres zugänglich und verständlich. Dem Laien muß erst erklärt werden, warum diese abstrakten Bilder gut sind und jene schlecht. Eine immense Kunstliteratur bemüht sich um diese "Aufklärungsarbeit". Leider kommen die Autoren dieser Bücher zu sehr unterschiedlichen und widersprüchlichen Aussagen und oft ist das Ergebnis eine noch größere Verwirrung. Vor allem dort, wo die Kunstkommentare den Bereich der reinen Beschreibung verlassen und zur Wertung und Deutung übergehen, verlieren sie sich sehr schnell in nebelhafte Wortgebilde und Irrationalitäten. Allgemeingültige und rationale Kriterien zur Beurteilung der neuesten Kunst liegen kaum vor.

So wichtig ein gefühlsmäßiges, intuitives Urteil für die Kunstbetrachtung sein mag, so steht andererseits doch fest, daß auch diese Intuition nicht willkürlich ist, sondern Gesetzen gehorcht, die es zu erkennen gilt. Es steckt ein gut Teil Rationalität in allem drin, was mit Kunst zu tun hat.

Der Soziologe A. Gehlen knüpft an diese Vorstellung, daß die moderne Kunst rational zu erfassen sei, an, und verfolgt diesen Gedanken im Bereich der modernen Malerei.

In geschmackvoller Aufmachung veröffentlichte kürzlich der Athenäum Verlag die vielseitigen, fruchtbaren Gedanken des Speyrer Professors, der bisher vor allem durch seine sozialpsychologischen Schriften und das Hauptwerk "Der Mensch" bekannt geworden ist. Gehlen bewegt sich nicht in einem einzelnen Wissenschaftsbereich, sondern argumentiert historisch, soziologisch, psychologisch und vermag auf diese Weise dem Thema sehr viele Einzelaspekte abzugewinnen. Eine letzte Geschlossenheit geht dabei aber verloren.

Gehlen legt dar, daß die großen künstlerischen Erfindungen der letzten Jahrzehnte durchweg hochintellektuell waren, daß sie alle aus einer exakten begrifflichen Konzeption heraus entstanden sind. "Bei allen wirklich entscheidenden Ereignissen der Malerei, die damals einsetzten, nämlich bei der Kunst des Kubismus, der Klees und der Kandinskys, gehört die systematische theoretische Reflexion unmittelbar in den Prozeß der Bildentstehung hinein, sie ist in keinem Sinne sekundär und keine nachherige Zutat".

Der Verfasser übernimmt von dem Kunsthändler und Schriftsteller Kahnweiler, der der eigentliche Schöpfer des Kubismus war, den Begriff "peinture conceptuelle". Er versteht darunter eine Bildauffassung, in die eine Überlegung eingegangen ist, welche erstens den Sinn der Malerei begründet und zweitens aus dieser bestimmten Konzeption heraus die kunsteigenen Ausdrucksmittel erläutert. Die Kunst ist also ganz vom Intellekt bestimmt. "Die Rolle der künstlerischen Intuition und des Spiels der ästhetischen Fantasie wird damit keineswegs geleugnet, aber diese Akte spielen sich, psychologisch gesehen, überhaupt erst auf dem geistigen Niveau ab, das durch diese Überlegungen betreten wird".

Aus dieser Situation einer intellektuell gewordenen Kunst entstand die Kommentarliteratur, die dem Publikum das Verständnis für die moderne Malerei erleichtern soll. So weist der Autor an den Schlüsselfiguren der modernen Malerei nach, aus welchen Überlegungen heraus ihre Bilder entstanden sind und wie sie gemäß ihrer Ursprungskonzeption zu kommentieren und zu verstehen sind. Zum Beispiel fordert – wie im einzelnen erläutert wird – der Kubismus einen neukantischen Kommentar, die Kunst Klees einen gestaltspsychologischen; die Selbstkommentare Kandinskys und Modrians dagegen stützen sich vorwiegend auf individuell-subjektive, nicht jedermann einleuchtende Evidenzen, über die sich jedoch die beiden genannten Maler selbst vollständig klar waren.

Schließlich kommt der Autor auf die Avantgarde der Abstrakten zu sprechen und gibt eine Deutung dieser allerletzten Entwicklungen im Sinne einer Entlastungstheorie. Gehlen gesteht den Abstrakten nur zu, "Oberflächenkunst" zu machen, sozusagen witzige, entspannende Unterhaltung. Die existentiellen Appelle und der fürchterliche Ernst sei wohl nur noch in der Politik und in der Religion zu Hause: Die abstrakten Bilder dagegen liefern lediglich einen optischen Reiz, dessen immer erregende Wirkung wir aufnehmen sollten. Aber es ist nichts mehr an diesen Bildern, was in Moral, Erziehung, Dienst am Volke oder Weltanschauung umgesetzt werden könnte. Gehlen sagt: "Die Malerei erscheint in unserer Zeit als eine geglückte Möglichkeit, die Kunst in die Reichweite der Begabung unserer Herzen zu rücken. Man kann sich vor diesen Bildern halten, und darum lieben wir sie."

Arnold Gehlen: Zeit-Bilder. Zur Soziologie und Ästhetik der modernen Malerei. Athenäum Verlag Frankfurt/Main, 1960. 232 S., 8 mehrfarbige Tafeln, DM 26,80. ZER STÖ RUNGS LUST-

TRIEBSPRACHE DER DIKTATUR

less sich psychologisch gesehen überab, das durch diese Übeslagengen be-

nor but boil pobrolities rebliffered by

Auch "unpolitisches Handeln" ist politisches Handeln. Und wer heute Politik macht, ist morgen Objekt der Geschichte. Doch trotz der immer helleren historischen Durchleuchtung und genaueren soziologischen Analyse, trotz der raffinierten Methodik wurde der rote Faden nicht gefunden, an dem das Ziel des Forschens in der unmittelbaren deutschen Vergangenheit hängt: Welche Impulse trieben denn eigentlich so viele Menschen in Hitlers "Bewegung"? Die Entwicklung zum Nationalsozialismus und entscheidende äußere Umstände wie z. B. die Arbeitslosigkeit, sind inzwischen bekannt genug. Nur der Schlüssel fehlt: Warum gewannen Hitler und seine Ideologie so viele begeisterte Anhänger? Aus dieser ungelösten Frage sprang das Schlagwort von der "Unbewältigten Vergangenheit". Diejenigen, die am liebsten davon reden, sind nicht nur die, von denen behauptet werden kann, daß sie am wenigsten gelernt oder auch nur verstanden hätten, sondern auch die, die am wirksamsten an der Restauration und einer zur Diktatur tendierenden Ordnung arbeiten – und dabei die ehedem bewährten Mittel benutzen.

Seit zwei Jahren indes gibt es einen Schlüssel zum Verständnis des Verhaltens der Menschen zur und unter der Diktatur. Die Autorin des betreffenden Buches verzichtet von vornherein zwar auf den Anspruch, mit ihrer Arbeit prinzipiell sämtliche Aufklärung über die menschlichen Verhaltensweisen und deren Ursachen zu geben, doch kann mit Recht behauptet werden, daß dieses Buch das zur Zeit wichtigste ist: Wanda von Baeyer-Katte, "Das Zerstörende in der Politik."*) Denn es geht ihr nicht nur darum, das damalige Geschehen sozialpsychologisch zu beschreiben, sondern auch einige von den Triebkräften darzustellen, die zum totalitären Staat führen, und die Mittel, die dieser sich nutzbar macht.

DER IDEALE WÄHLER

"Das Postulat des gewissenhaften Einzelnen ist das ethische Prinzip unserer Kultur, und es ist kein ethischer Gesichtspunkt bekannt, der ihm überlegen wäre. Hier liegt die Grundkonzeption, die unserer Gesellschaft ihre Ordnungen gibt." Diese theoretische Forderung ist der Ausgangspunkt Wanda v. Baeryer-Kattes Untersuchung, Entsprechend dem Ideal des politisch mündigen Individuums, das sich nach besten Kräften informiert und die Verantwortung anerkennt, seine politischen Entscheidungen auf Rationalität zu gründen und sie der Selbstkontrolle seines Gewissens zu unterwerfen, bilden sich nun in der Gesellschaft Verhaltensnormen, die bestimmen, in welcher Form diese Gewissenentscheidung zustandekommt, und wie sie sich dann äußert. Diese "staatsbürgerliche Verhaltensnorm" prägt überhaupt "die Art, wie "man' sich gefordertermaßen zu seinen staatsbürgerlichen Pflichten und zur Sphäre der Politik als ein sonst nicht weiter aktiv beteiligter Durchschnittsbürger verhält. - Diese Methode ist verstandesbetont. Sie verlangt Triebregulierung, vor allem der Aggressionstriebe, sie verlangt ein gewisses Maß an Mitverantwortungsgefühl über übergeordnete gesellschaftliche Vorgänge bei Unterdrückung eines krassen Egoismus." Diese soziale Rolle muß sich der einzelne Bürger in der Demokratie aneignen, er muß sich ihren Forderungen anpassen. "Der Einzelne paßt sich dieser Erwartung an und spielt die Rolle des vernünftigen mitteleuropäischen Staatsbürgers zumeist auch, ohne herauszufallen, gut und mitunter erfolgreich; er funktioniert als Wähler normalerweise, ohne aufzufallen. Einzelneurosen und Massenfehlanpassungen im politischen Felde sind trotzdem möglich." Jedoch: Im Gegensatz zu Fehlanpassungen auf anderen sozialen Gebieten "ahndet die Gesellschaft auch eklatante Abweichungen aus dem geforderten Rollenverhalten des verantwortungsbewußten Staatsbürgers nicht oder doch nicht unmittelbar. Dadurch erscheint es nicht nur der Allgemeinheit, sondern auch dem nachlässigen Einzelnen bisweilen gefahrlos, sich auf diesem Gebiet seelisch gehen zu lassen, seine Äußerungen und Meinungen nicht mit mindestens der gleichen Gewissenhaftigkeit zu kontrollieren, wie vielleicht die beruflichen Aufgaben". Diese Laxheit und Nachlässigkeit kennzeichnet den "unpolitischen Menschen". Sie sind nicht von vornherein für die Gesellschaft gefährlich. Sie haben aber zur Konsequenz, daß sich unterschiedliche Auffassungen von der Rolle des Staatsbürgers bilden können, und das führt in Krisenzeiten zu Unsicherheitsfaktoren. "Fatal ist insbesondere die Rückwirkung, die jene Tolerierung des

unpolitischen Staatsbürgers allgemein auf das Bewußtsein von der Wichtigkeit des Gebietes und auf die Vorstellung von seiner Realitätsform hat. Diese beiden Fehleinstellungen zum politischen Gebiet: daß es nicht von dem gleichen unmittelbaren Gewicht für den Einzelnen sei wie etwa seine Gesundheit oder sein wirtschaftliches Fortkommen, und daß es sich überhaupt um ein gleichsam lebensfernes, fast nur literarisch erfaßbares Gebiet handele, kennzeichnen die Gefahrenmomente des unpolitischen Denkens. - Ein Gebiet, das als einwirkungsfern, realitätsfern oder gar irreal angesehen wird, kann leicht zu einem straffreien Tummelplatz von rein willkürlichen Ansichten werden, die sonst die rationale Zensur nicht passieren würden. - Utopisches Denken kann dabei durchaus im Rahmen der Toleranz und Gewissenhaftigkeit erfolgen. Was die Realitätsblindheit, die hier auftritt, und diese Haltung, die sich selbst noch als normgerechtes Staatsbürgertum versteht, so unzulänglich macht und ihr den eklatanten Mangel an der fehlenden Objektivität...verleiht - diese Wirklichkeitsfremdheit enthält aber eben doch schon jene Tendenz, die aus dem Bereich der normalen Orientierung in das Reich der Fehlanpassungen hinüberführt. Wenn zudem noch in den popularisierten epochalen Deutungen und Sinngebungen (nämlich abgesunkene Bruchstücke historisch-soziologischer Theorien) destruktive Momente auftreten, motivierende Gehalte, die jene Sphäre der menschlichen Natur freizugeben geeignet sind, aus der Zerstörung, Kulturfeindschaft und individuelle Desintegration entspringen - dann wäre wohl die Gefahrenzone für eine politische Neurosenbildung theoretisch

HITLERS WIRKUNG ALS REDNER

Wenn wir heute eine Hitlerrede lesen, dann scheint uns ihr Inhalt abstrus, er hält keiner rationalen Überprüfung stand. Wenn wir heute eine alte Wochenschauaufnahme von Hitler während einer Rede sehen oder eine alte Rundfunkaufnahme hören, finden wir den Sprachduktus und die wilde Gestik lächerlich, wenn nicht gar verrückt. Doch die Wirkung dieses Wahnsinns war methodisch; denn wir distanzieren uns heute von der Mengensituation, in der die damaligen Zuschauer und -hörer befangen waren.

Die Fundamente aller, auch der grauenhaftesten "Erfolge" des nationalsozialistischen Systems wurden in den Versammlungen gelegt, nicht so sehr in den kleinen örtlichen Veranstaltungen als vielmehr in den "Massenszenen". Hierbei wurden von den Rednern – Hitler in erster Linie, aber auch anderen Parteiredner – die Kräfte systematisch in zwei Richtungen angesetzt; in der einen Richtung auf eine mehr äußere, psycho-physische Reaktion hin, in der anderen durch eine wesentlich tiefer zielende Strukturierung des Redeinhalts und durch einen teilweise nur dem Unbewußten verstehbaren Hintersinn der Worte.

Die lächerlichen Übertreibungen in der Wortwahl, Betonung und den Bewegungen brachten das Publikum nicht zur Heiterkeit, sondern zu einer Anerkennung der großartigen Leistung des Redners. Ähnlich wie bei sportlichen Veranstaltungen handelt der Redner für die Menge stellvertretend. Er brüllt, tobt und denkt für sie nach, er macht alles das, wozu der Einzelne keinen Mut hätte; in Worten wie "fanatisch entschlossen" oder "schonungslos niederwerfen" und "Einsatz bis zum Letzten" drücken sich psychische Leistungen aus, zu denen sich der Einzelne nicht fähig fühlt. (Man kann sogar sehen, daß der Redner schwitzt vor soviel Anstrengung - und deshalb hat er auch Applaus verdient.) Und die Wiedergaben aus zweiter Hand von diesen Reden lassen auch deutlich erkennen, daß die Anwesenden den emotionalen Verlauf - gar nicht so sehr den vordergründigen Sinn - der Rede deutlich mitvollzogen haben. (Wir verweisen hier auf Auszüge aus W. v. Baeyer-Kattes Buch in einer der nächsten Nummern von "Wir lesen für Sie"). Diese Art Wirkung der Rhetorik ist jedoch nur insofern wichtig – neben dem frenetischen Beifall, der natürlich auch angestrebt wird, um der Welt die Beliebtheit der "Bewegung" zu zeigen – als damit eine Mengensituation geschaffen wird, mit deren Hilfe der eigentliche Inhalt der Reden viel besser in den Einzelnen hineingetragen werden kann.

Mit der Anrede schon wird die Versammlung nicht nur ausgerichtet auf das, was kommt, sondern auch typisiert und in einer bestimmten Rangordnung aufgegliedert. (Bestes Beispiel - die Sportpalastrede 1940 -: "Deutsche Volksgenossen und -genossinnen, Nationalsozialisten!"). Die Zuhörer, die der Aufforderung der Anrede folgen und sich angesprochen fühlten, waren die "unpolitischen Menschen", wenn wir jetzt von den sowieso vorhandenen ideologisch festen Anhängern absehen. Nur ein rational distanzierter Einzelner konnte sich schon von vornweg von der Menge beim Zuhören lösen. Auf den unpolitischen, nicht mit der politischen Realität vertrauten Teilnehmer prasselte nun eine Suada nieder, die in endlosen Satzfolgen die gesamte politische Entwicklung seit dem ersten Weltkrieg bis zu diesem Tage "umriß". Oft waren diese Rekapitulationen sogar der einzige Inhalt der Rede. Und sie erfolgten so, "wie jedermann ja weiß". Dadurch wurde nun ein voraussetzungsloser Konformismus unter der deutschen Bevölkerung geschaffen, der der Hitler-Regierung als Basis für die tagespolitischen Stellungnahmen diente, und ihre Scheinlogik unterstützte.

Dabei spielt es keine Rolle, daß diese Scheinlogik des öfteren umgebaut wurde. Denn eine aus dem alltäglichen Daseinskampf herkommende "Hinterhofschlauheit", die das System zur Grundlage der offenen Diplomatie in seinen Reden aufwertet, und die auch vom unpolitischen "kleinen Mann" sofort verstanden werden kann, erlaubt eine jeweils gerade zweckmäßige Anordnung der Tatsachen - um so den kürzesten Weg zum eigenen Nutzen zu finden. "Eine Auffassung, die sich für wahrhaft realistisch hält und ihre primitive Einseitigkeit und aggressive Grundtendenz nicht sieht." Parallel dazu läuft jedoch das Bewußtsein von den "hohen Werten", die sich aus der Ideologie des Nationalsozialismus ergeben, und diese "weltanschaulichen Gehalte" - die die Autorin als Elemente eines "Feiertagsdenkens" bezeichnet, weil sie wie die sonntäglichen besseren Kleider über der Alltagshaut getragen werden können - dienen als allgemeiner Hintergrund zum Getümmel der Tagespolitik. "Das zuhörende Mengen-Ich im Nationalsozialisten nahm diese Inhalte gelangweilt oder fasziniert, aber immer willig auf. Sie boten ihm den notwendigen konformen Ausgangspunkt für unendlich normgetreue politische Rollengespräche."

Dies alles ist indes noch mehr oder weniger Kulisse. "Aber Hitler will keinen nur momentanen Erfolg, er will die Zuhörer auch nach seiner Rede in dieser Einstellung festhalten. Er will die öffentliche Meinung zu einem Ort latenter Mengen-Ich-Reaktionen machen. Darin liegt vielleicht das Wesen jedes totalitären Konformismus. Der Machthaber verlangt von jedermann, daß man ständig feiertäglich vor sich selbst so tut, als ob man an die weltanschauliche Verbrämung seiner politischen — innen- oder außenpolitischen — Machtansprüche glaube. Er verlangt zudem, daß alle jene Kenntnisse der totalitären Praxis verdrängt werden, von denen seine offizielle Rede nichts weiß."

Verdrängen heißt, daß an der Stelle eines vorherigen Wissens oder auch nur Ahnens im Unterbewußtsein sozusagen eine blinde Stelle entsteht, bei deren Berühren keine Besinnung mehr auf die vormalige Bewußtseinslage entstehen kann. Das Errichten eines solchen Tabus erfordert eine außerordentliche psychische Leistung, denn es bedeutet ja eine fundamentale Umorganisation des Gewissens. Dieser Vorgang verlangt tiefe persönliche Opfer und er erfolgte beim Umschlag der Zuhörmenge zur psychologischen Masse.

DURCHBRUCH ZUR "MASSENREAKTION"

"Eine Menge, deren konforme Gedankenwelt durch Opferungen und Reduktionen so sehr verarmt ist, daß ein Stillstand und eine zunehmende Verödung und Erstarrung eintritt, nennen wir "Masse'. Masse ist ein psychologisches Kennzeichen für eine erstarrte Menge oder für eine Menge unter völlig totalitärem Verhalten. Massen reagieren auf Destruktionstendenzen durch Massenerregungen und Beifallsstürme. – Der Ursprung dieser Massenreaktion – jene Hörigkeit für Destruktionstriebe – kann auch unbewußt sein." Soweit die (hauptsächlich an Freud orientierte) Definition W. v. Baeyer-Kattes.

Die Opferungen an eigenem Gedankengut mußten von jedem auf seinem Gebiet geleistet werden. Sie führten zu einer grenzenlosen Verarmung nicht nur auf geistigem, sondern auch zwischenmenschlichen und individuell menschlichem Gebiet. Sie waren der Preis, den jeder zu zahlen hatte, wenn er der "Bewegung" zugehören wollte. "Der Preis für den Anschluß wird mit einer Art selbstquälerischer Lust am Preisgeben besserer Einsichten bezahlt. Aber später sinkt eben deshalb die Anschlußwärme. An die Stelle der verbotenen Problematik tritt in den Gruppen eine zunehmende Gedankenöde."

Der Mechanismus dieser immer weitergehenden Opferungen ist grausam und regelmäßig wiederkehrend, und er kann in allen größeren – und manchen auch ganz unwichtigen – Reden Hitlers entdeckt werden: Es wird ein Pseudo-Gegner als Feind aufgebaut, der realiter nicht existiert, den

es aber dennoch zu vernichten gilt.

"Hitler bestimmt, was der Feind der (nationalsozialistischen) Idee sei. Er malt ihn auch konkret, als Menschenschlag, als Rasse, und behaftet ihn dann mit dem redlichen, dem jedermann zumutbaren Hass, der die unguten, die niedrigen und bekämpfenswerten Eigenschaften des Menschen treffen muß. Das ist ja seine 'Idee', daß jene Charakterzüge, die sein 'deutscher Mensch' nicht haben möchte, allesamt in den Feind hineingedeutet werden... Diese Eigenschaften sind keine Reaktionsform, sie sind psychisch feststellbare Tatbestände, auch nicht historisch erklärbar, sondern unabänderlich. Ihre Träger müssen nur noch deportiert werden, dann ist die Stadt, das Land frei von ihnen und frei vom Ungeist und der Unmoral."

"Bei Hitlers Schilderungen, bei denen der Feind nicht nur mit allgemeinen Aufzählungen von Eigenschaften, sondern mit Gesichtszügen und allerhand Späßen plastisch ausgestattet wurde, wußten trotzdem die Zuhörer, sobald sie sich besannen, daß es irgendeinen konkreten Einzelnen dieser Art in ihrem Erfahrungsbereich nicht gab. Er war eine mythische Gestalt. Der Redner schuf ihn, und dann – und vor diesem Moment zitterte der Zuhörer – bestimmte er, wo der Feind gerade Wohnung genommen hatte. Und dann galt es, dieses Gut zu opfern, damit der Führer ver-

söhnt würde."

Das Alibi aber, das sich aus dieser gezwungenerweise stark vereinfachenden Zusammenfassung auch nur eines Teils des Buches ergibt, daß nämlich nur der 'Führer' und einige wenige schlimme Leute um ihn herum das Volk 'verführt' hätten, diese Ausrede kann nicht zugelassen werden. Denn bei allen Stadien, vom unpolitischen Hinnehmen über das Sympathisieren bis zum Teilnehmen an den Massenopfern bestand eine aktive Wechselwirkung zwischen dem Redner und dem Publikum. Denn bei einer Menge von individuellen, rationalitätsbemühten Menschen ist, auch unter einem totalitären Machtsystem und Meinungsdruck, eine Massenreaktion nicht möglich.

"In einem totalitären Regime können Menschenmengen zwar keine Opposition machen, jedenfalls nicht dort, wo das Sozialprestige" – das heißt hier auch: die ökonomische Existenz – "an das System gebunden ist. Aber sie können diese Rolle (des linientreuen Mitläufers) so oberflächlich und mechanisch ausführen, daß der Individualität ständig Spielraum bleibt, daß sich oppositionelle Nebengedanken bereits während der Massenkundgebung regen und die geforderte Rolle nur noch im Hinblick auf den gedachten Beobachter wie eine Schauspielerei durchgehalten wird." Diese Art des Verhaltens ist kein unbilliges Verlangen; aber es setzt nicht nur ein eigenes Gewissen, sondern auch Realitätsbewußtsein und eine gewisse Mindesteinsicht in die in der unmittelbaren Umwelt vorhandene politische Situation voraus. Betrachten wir nun die Bundesrepublik unter dieser Voraussetzung.

DIE AUFGESTOCKTE HYPOTHEK

Von Goebbels und von Himmler weiß man sicher, daß sie Le Bon genau gelesen und sich aus dessen "Massenpsychologie" Anregungen bezogen haben. Für die zur Zeit bei uns politisch führenden Köpfe ist die Lektüre von Le Bon jedoch unnötig und veraltet; die Methoden sind inzwischen wesentlich subtiler. Sie sind auch schwieriger zu erkennen, weil oft gerade auch die parteilich nicht gebundene Presse unbewußt verschiedene Hilfestellungen leistet. Drei Beispiele der letzten Monate machen das deutlich. Kurz nach dem Geburtstag Bundeskanzler Adenauers brachte fast die gesamte bundesrepublikanische Presse eine heitere Anekdote: Der Kanzler antwortete auf eine diesbezügliche Frage mit "Aber ich bin ja gar nicht gerne Kanzler!" Eine kurze Zeit später brachte eine Wochenschau eine Aufnahme von der Stippvisite des Kanzlers in den Kölner Ford-Werken, wo er kurz und nichtssagend zu einer Menge von versammelten Arbeitern sprach und seinen offensichtlich unter Zeitdruck stehenden Vortrag mit den Worten schloß: "Aber entschuldigen Sie mich, meine Herren, ich muß jetzt weg, denn der Herr Nehru kommt gleich auf dem Flughafen an, und ich muß mit ihm einiges besprechen." Und diese wenigen Worte sagte er mit so wunderbarer väterlicher Würde und ganz umgeben mit dem "Charme der Macht", daß bei allen unkritischen Zeugen der Eindruck entstehen muß: Dieser Mann, und nur dieser, sorgt sich für uns, und kein anderer könnte die Besprechung mit dem Herrn Nehru führen. Er also ist es, der das schwere Los auf sich nimmt.

Und schließlich: Auf dem Parteitag der CDU in Köln in der letzten April-Woche setzte Bundesinnenminister Schröder die Devise des "Übergesetzlichen Notstandsrechts" in Umlauf. Nur eine Tageszeitung nannte — nach unserer Kenntnis – das Kind beim Namen, indem sie in der Schlagzeile die Drohung Schröders mit "gesetzloses Notstands-

recht" bezeichnete.

Diese Beispiele dienen nicht dem Aufbau von Buh-Männern. Diese sind auch nicht per se gefährlich für den "Bestand unserer Demokratie" – aber sie werden es vor dem Hintergrund unserer staatlichen Wirklichkeit. Die einzige Institution, die ein tatsächlich wirkungsvolles staatsbürgerliches Bildungssystem hat, ist die Bundeswehr. Und deren Erfolg in dieser Richtung verleugnet die Bezeichnung, denn er führt zur Negierung der politischen Verantwortung beim Gros der Durchgeschleusten bei gleichzeitiger freiwilliger Übernahme aller militärischen Risiken. Die Institutionen, denen jedoch die staatsbürgerliche Bewußtseinsbildung vor allem zukommt, also Schulen und Hochschulen, verharren in einer falsch-verstandenen, weil un politisch en Neutralität – wenn nicht gar wirklichkeitsfremden Traditionalität.

Wanda von Baeyer-Katte: "Das Zerstörende in der Politik". Eine Psychologie der politischen Grundeinstellung. — Verlag Quelle und Meyer, Heidelberg 1959, 271 Seiten, DM 16,—.

Alle Zitate sind Auszüge daraus. Wir verweisen auf weitere Auszüge in einer der nächsten Nummern von "Wir lesen für Sie".

Wir werden alle, alle, alle Aktiona Schon heute

"Das haben wir Ingenieure vor anderen Menschen voraus: unsere Geister kommen nicht aus der Welt, die war, sondern aus der, die sein wird. Max Eyth

VERSUCHSABTEILUNG

TT VERBOTEN

Werden die Autos An Wolf gebaut!

Jedoch Zutritt erlaubt und freie Bahn allen tüchtigen Jung-Ingenieuren, die mitwirken wollen, wenn es aus der Gegenwart heraus künftig Gültiges zu schaffen und zu entwickeln gilt: die OPEL-Wagen von morgen. Im OPEL-Werk stehen Ihnen dazu alle Möglichkeiten offen auf den Gebieten:

- · Allgemeiner Maschinenbau
- Kraftfahrzeugbau
- Fertigungstechnik
- Elektrotechnik
- Technische Chemie
- Verfahrens- und Regeltechnik
- Physik



Die mehrjährige Ausbildung im Werk vermittelt Ihnen das Wissen, Können und die Erfahrung für eine erfolgreiche Arbeit in der Welt moderner Automobiltechnik. Nähere Auskünfte erteilt Ihnen unsere Personalabteilung.

ADAM OPELAG . RÜSSELSHEIM AM MAIN

Wir werden alle, alle, alle Aktionäre!

Ein Geständnis unseres Mitarbeiters Harald Berger.

Jetzt, da der Börsensturm vorüber ist. und es außerdem auch feststeht, daß man keineswegs für eine allzu weitherzige Auslegung des VW-Privatisierungsgesetzes irgendwelche Sanktionen zu erwarten braucht, jetzt also kann ich's ja ruhig erzählen – zumal ich vom staatsbürgerlichen Standpunkt das Vorgehen meines Freundes Julius sehr richtig finde. Ehrlich gesagt: Ich könnte mich heute sogar ohrfeigen, weil ich nicht genügend ökonomischen Mut hatte, damals auch so in den Kreislauf unserer Wirtschaft einzusteigen, wie eben mein Freund Julius! Nicht, daß Sie nun meinen, Julius sei wohl gutsituiert oder besitze gar Vermögen - nein, im Gegenteil: Er ist ein eigentlich nur mäßig begabter Student der Chemie, lebt hauptsächlich von der großzügigen Förderung nach dem Honnefer Modell und erhält von zu Hause nur wenig Unterstützung, da sein Vater die fünfköpfige Familie vom schmalen Gehalt einer knapp mittelhohen Position bei der Post ernähren muß. Julius hat also auch weder qua Studium noch durch spezielles Wissen seines Vaters eine Vorbelastung seines Hirns in wirtschaftlicher Hinsicht. Jedoch: Er ist im Grunde seines Schädels manchmal helle; und die Ideen sind es, die sich heutzutage auszahlen!

Als Julius sich Anfang März aus seiner Sparkasse entfernen wollte, hakte sich sein Blick an einem dezenten Plakat fest. "Haben Sie schon gezeichnet?" wollte man da von Julius wissen. Und darunter lag ein Haufen von Prospekten über das Volkswagenwerk und dessen Aktien. Mehr aus Neugier denn Interesse nahm er sich von jedem Modell der angebotenen Druckerzeugnisse eins mit.

Zu Hause im stillen Kämmerlein studierte er die Aktienreklame; und nachdem er nun soviel mehr wußte als zuvor, muß ihm dann wohl die Idee gekommen sein, an deren Verwirklichung er sodann gleich ging, und die ihn inzwischen zu einem jungen Mann gemacht hat, der etwas darstellt und auf eigenen Füßen steht. Einige Tage später weihte er mich ein.

Zwischen zwei Löffeln Mensa-Eintopf fragte er mich plötzlich: "Sag mal, Harald, wovon lebst Du eigentlich"? "Das weißt Du doch", antwortete ich, "von Honnef kriege ich siebzig, von zu Hause nüscht, und der Rest muß eben so nebenher reinkommen. Warum?" "Würdest Du gerne", fragte Julius weiter, "in deinem späteren

Leben viel Geld haben und trotzdem nicht arbeiten müssen?"

"Dumme Frage", sagte ich. "Wer würde das nicht!"

"Nun, dann fange heute an und lege den Grundstein zu einem sorglosen Leben!" sagte Julius und erläuterte: "Gehe hin und pumpe Dir soviel Geld zusammen, wie Du nur irgend kannst. Mit etwas Diplomatie bekommst Du beim Studentenwerk, der Sparkasse und Onkeln das nötige Startkapital von 2275 DM zusammen, mit dem Du 6 Aktien zeichnen kannst. Diese kannst Du beleihen, erhälst 1050 DM genug für 4 weitere Aktien.

Wenn die Aktien dann ausgegeben werden, kannst Du sofort verkaufen und bezahlen mußt Du die bestellten Aktien erst fünf Tage nach der Ausgabe. Die einzige Schwierigkeit ist die: Pro Nase gibt's von vornherein nur höchstens 5 Aktien, tatsächlich wahrscheinlich sogar noch weniger, denn der Ansturm ist groß. Um sicher zu gehen, mußt Du außer Dir noch vier andere Kommilitonen mit Sozialrabatt auftreiben, die auf ihren Namen für Dich zeichnen." "Die könnte ich sofort an der Hand haben", unterbrach ich seinen Redefluß, "nur — riskant ist das in doppelter Hinsicht: Erstens Aktien sowieso, und zweitens die Strohmännergeschichte, ist das nicht verboten?" Julius widersprach energisch: "Von wegen! Erstens: Die VW-Aktie ist das beste Geschäft, das es überhaupt nur geben kann! Sämtliche anderen Autoaktion liegen irrsinnig viel höher als der Ausgabekurs von 350 bei VW - und das Volkswagenwerk ist die stabilste Autofirma mindestens hier von Europa, wenn nicht sogar der ganzen Welt! Der Gewinn ist für Dich sicher; und er ist auch bestimmt groß genug, daß Du Deinen Strohmännern noch 10% pro Aktie vom Gewinn abgeben kannst, ohne Dir weh zu tun. (Außerdem wäre letzteres eine noble Pflicht). Und zum zweiten Punkt: Verboten ist der Bezug über Strohmänner schon. Ich habe aber das Gesetz genau gelesen — da steht keine einzige Strafbestimmung drin! Du kannst infolgedessen durch kein Gericht belangt werden. Also, Harald, überlege Dir das gründlich!" Ich überlegte zwar in den folgenden Tagen, aber mir war es doch noch zu unsicher, das Ganze. Mein Freund Julius kam noch einmal kurz auf das Thema, aber als er merkte, daß ich nicht wollte, sprach er nicht mehr davon. Bis wir uns nach den Ferien wiedertrafen – d. h., er hätte mich beinahe auf dem Mensahof umgefahren mit einem VW.

"Mensch!" rief ich, "wo kommst Du denn jetzt auf einmal mit 'nem Wagen her?"

Julius jubelte! "Harald", schrie er, "ich bin jetzt Kapitalist! Mann, das war vielleicht ein Fest! Los, steig erst mal ein, wir müssen einen zur Begrüßung heben, dabei erzähl' ich Dir die Geschichte!"

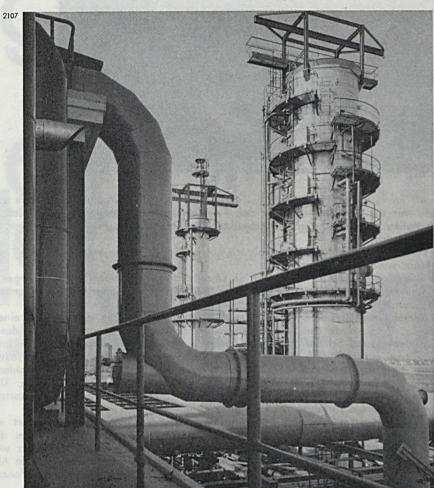
Tja, beim kühlen Bier kam's dann heraus. Dieser Kerl hatte doch tatsächlich genug zusammengekratzt, um sich und durch fünf Kumpels 13 Aktien zu bestellen! Und die hat er am ersten Tag für mehr als 800 Mark pro Stück verscherbelt, bis auf die drei, die auf seinen Namen liefen. Und nach Abzug aller geliehenen Gelder, Zinsen und Steuern und von 200 DM ,Provision' für jeden Strohmann hatte er einen effektiven Reingewinn von über 6000 (in Worten: Sechstausend) Mark plus Besitz von drei VW-Aktien!

Ich saß ganz geknickt auf dem Kneipenstuhl und trauerte der verpaßten Gelegenheit nach. Doch Julius bewies, daß er ein Freund ist, und er tröstete mich.

"Wenn wir", sagte er, "die Sache von einer höheren Warte aus betrachten, dann ergibt sich, daß Du in Zukunft auch an dieser Form der Vermögensbildung teilnehmen kannst. Denn wir haben eine noble Bundesregierung, von der zu erwarten und zu hoffen ist, daß sie auch noch nach den Wahlen in diesem Herbst am Ruder bleibt. Und diese Hoffnung ist begründet - geht es uns nicht allen recht gut? Es wird uns sogar noch besser gehen! Schau, durch die Privatisierung erst der Preussag vor zwei Jahren, und jetzt des Volkswagenwerkes, sind rund 1,3 Millionen Bundesbürger Aktionäre geworden, die es vorher nicht waren und auch irgendwie anders nicht geworden wären. Unsere Bundesregierung jedoch führt alles, was sie einmal anfängt, auch konsequent weiter - die 1,3 Millionen sind nur der Anfang! Der Bund hat noch viel mehr Eigentum an Produktionsmitteln, um's mal so allgemein auszudrücken, und er wird dieses Eigentum auch privatisieren. Daraus erhellt, daß nicht nur jeder Bundesbürger Aktionär werden kann in Zukunft, sondern daß jeder sogar genügend Aktien bekommt, um von den Dividenden leben zu können! Das sind doch Zukunftsaussichten, was?!! Also Kopf hoch, in längstens 15 Jahren braucht keiner mehr bei uns zu arbeiten, wenn er keine Lust hat! Und wie ich Dich kenne, Harald, wirst Du's bestimmt in vier Jahren schon geschafft haben!"

Der Ingenieur in der

Von den 44000 Mitarbeitern der BASF sind nahezu 13000 in der Technischen Abteilung tätig. Ohne die Hilfe tüchtiger Ingenieure sind die Aufgaben, die heute die Großchemie stellt, nicht zu lösen.

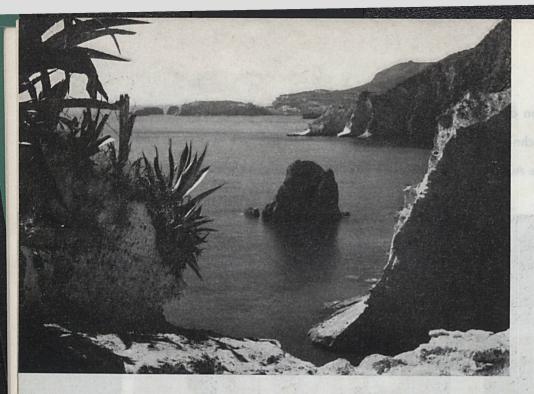




Technische Nachwuchskräfte, die sich für die Fabrikations- und Forschungsprobleme der Chemie interessieren, finden bei der BASF vielseitige Möglichkeiten sich zu entfalten - bei der Instandhaltung der Werksanlagen, der Planung von Neuanlagen, der verfahrenstechnischen Beratung, bei Entwicklungsarbeiten oder bei der Lösung vieler anderer technischer Aufgaben in Büro, Werkstatt und Betrieb.

Durch die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Chemiker und Ingenieur sind gerade in der BASF viele entscheidende Beiträge zur Entwicklung der chemischen Verfahrenstechnik geleistet worden. Dies gilt besonders für das Gebiet des Hochdruckapparate- und Hochdruckarmaturenbaues, wo bahnbrechende Neukonstruktionen zur ersten Hochdrucksyntheseanlage der Welt geführt haben.

BADISCHE ANILIN - & SODA - FABRIK AG Ludwigshafen am Rhein



Ponza

Als wir im vergangenen Sommer bei der AStA-Fahrt zur Olympiade nach Rom auf der Rückfahrt in Rimini landeten, war die Begeisterung unter den Teilnehmern so groß, daß ich beschloß, eine eigentliche "Badefahrt" nach Italien zu organisieren. Mir schwebte eine Kombination Florenz-Rimini vor, um Kultur und Erholung gerecht zu werden.

Die Pläne wurden umfangreicher, als ich auf eine noch nicht "entdeckte" Insel in der Nähe von Neapel aufmerksam wurde: Ponza.

Das Reiseblatt der F.A.Z. vom 16. 3. 61 schreibt: Mit ihren bizarren Felsgebirgen, ihren geheimnisvollen Grotten...ihrer reichen Meerfauna verspricht sie dem sonnenhungrigen Nordeuropäer die Ferienfreuden eines vom Touristenstrom noch unberührt gebliebenen Daseins.

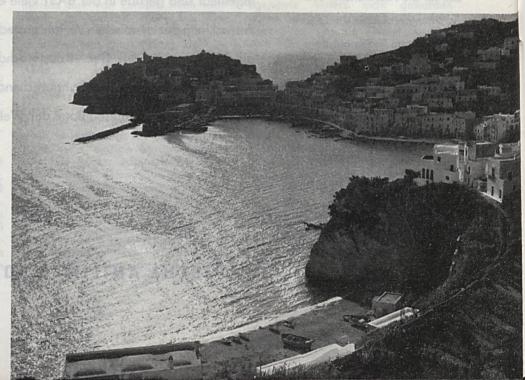
Die Römer errichteten damals auf einer Landzunge direkt über dem Hafen einen mächtigen Wehrturm, "Le Torre"... 1958 wurde der Turm zu einem internationalen Ferienzentrum, in den Semesterferien ausschließlich für Studenten und Schüler zugänglich. Seine einzelnen Stockwerke sind in Zimmer, Schlafkabinen, Wasch- und Duschräume aufgeteilt. Mit einer modernen Küche ausgestattet, mit Speiseterrasse im Freien, Speisesaal im Innern, einer Trinkbar und schließlich auch einer Tanzfläche ist für das Wohlergehen und eine gute Unterhaltung der Turmbewohner gesorgt. Die jungen Menschen können Wasserski, Unterwasserjagd treiben, Insel, Grotten, Höhlen- Ruinen aus der Römerzeit erforschen oder auch ein Boot chartern um zur unbewohnten Nachbarinsel Palmarola zu fahren. Autos gibt es nicht.

Aus den Plänen ist nun eine 18-tägige Fahrt geworden. Auf der Rückfahrt wird ein Aufenthalt in Rimini den Unterschied zwischen der nicht "entdeckten" Insel Ponza und dem vom deutschen Touristenstrom übervölkerten Rimini zeigen. Auch für die Kulturhungrigen ist gesorgt. In Florenz wollen wir 3 Tage bleiben und auch Rom soll besucht werden. Sollte Interesse vorhanden sein, kann auch ein Abstecher nach San Marino und Venedig eingeschoben werden. Hauptziel bleiben aber die vollen 6 Tage auf Ponza.

Preis: I. 225,— DM. Unterbringung auf Ponza in 3-Bett-Kabinen Unterbringung auf Ponza in 2-3-Bett-Zimmern.

Im Preis ist eingeschlossen: Fahrt in Luxusbus bei freiem Mittelgang, Unterkunft in Hotels oder Pensionen, Vollpension auf Ponza und in Rimini, Reiseleitung, Versicherung.

Ausführliche Prospekte sind im Auslandsreferat oder an den AStA-Reisestellen der benachbarten Hochschulen erhältlich.



es gibt nur einen TKden GESTELL TK



Fortschritt in Ihrer Hand



Erhältlich in den Fachgeschäften

A. W. FABER - CASTELL STEIN BEINÜRNBERG





Gerade in frischer Luft – bei Training und Spiel – sollten Sie sich ab und zu mal einige Minuten Ruhe gönnen. Das ist der Schlüssel zur richtigen Erholung. Sich nicht übernehmen, sondern hin und wieder neue Kräfte sammeln, Pause machen und eine köstliche Flasche "Coca-Cola" trinken,

das gibt neuen Schwung

Koffeinhaltig, köstlich, erfrischend

Alleinabfüllung und Vertrieb von "Coca-Cola" für die Kreise Darmstadt, Groß-Gerau und Dieburg

Getränke-Industrie Darmstadt

Darmstadt, Holzhof-Allee 19-21, Ruf 70100

Stellenvermittlung für Akademiker

Examenskandidaten

werden gebeten, sich rechtzeitig vor dem Examen mit der

Zentralstelle für Arbeitsvermittlung

Frankfurt/11, Eschersheimer Landstr. 1-7

in Verbindung zu setzen.

Anmeldevordrucke sind beim AStA erhältlich

Wein ist Vertrauenssache!

Darum kauft man alle Weine und Spirituosen beim Fachmann.

Eine reichhaltige Auswahl guter und preiswerter Weine und Spirituosen bietet Ihnen Ihre

Weinkellerei HANS MÖHLER

Darmstadt, Friedrichstr. 12 Tel. 70612

Hochschulfest 1961

Das Hochschulfest hat in den vergangenen Jahren mannigfaltige Abwandlungen erfahren. Von der Big Show 1958 über das Akademische Heinerfest 1959 zum Mini-Hochschulfest 1960. Im letzten Jahr wurden vom AStA lange Grundsatzdebatten über den Sinn des Hochschulfestes geführt. Man zweifelt daran, ob die bisherige Form des Massenvergnügens bei Anwesenheit von ein bis zwei Professoren der eigentlichen Aufgabe des Festes gerecht würde, nämlich die Verbundenheit der Hochschule mit der Darmstädter Bürgerschaft zu fördern und eine Begegnung zwischen Professoren, Assistenten und Studenten zu ermöglichen. Trotz oder gerade wegen derart tiefschürfender Gedanken war es dem AStA dann nicht möglich, einen geeigneten Fest-Organisator zu finden. Was dann an Hochschulfest 1960 dennoch stattfand, verlief zwar nicht im Sande für die meisten aber im Verborgenen.

In diesem Jahr fanden keine unfruchtbaren AStA-Debatten statt. Der stellvertretende AStA-Vorsitzende Kuhn begann frühzeitig mit der Planung. Der AStA-Vorstand meint: Die Studenten wollen ihr Hochschulfest, nicht umsonst sind in den letzten Jahren manchmal 3000 bis 4000 Personen gekommen. Wir haben uns bemüht, das Fest in diesem Jahr wieder groß aufzuziehen, schon in Anbetracht des 125-jährigen Bestehens der TH.

Betrachtet man das vorläufige Programm des Planungsteams Kuhn, Lavies, Weiß, Gasch, so sieht man, daß das diesjährige Fest durchaus mit den ganz großen 1958/1959 konkurrieren kann.

Terminplan

Montag, den 19. Juni 1961

20.00 Prof. Dr. Strauß-Hupé, University of Pennsylvania, z. Z. Heidelberg: "Grundlagen der internationalen Politik" Saal 226 Einleitung und Diskussionsleitung: Prof. Kogon

Dienstag, den 20. 6.

20.00 Schauspielstudio der THD spielt "Ingeborg" von Curt Goetz. Wilhelm-Köhler-Saal

Mittwoch, den 21. 6.

14.00 Sportfest im Hochschulstadion (Deutsche Hochschulmeisterschaften)

20.00 Heidelberger-Studentenkabarett "Das Bügelbrett" Musik- und Vortragssaal der Hochschulbibliothek im Schloß

Donnerstag, den 22. 6.

14.00 Sportfest im Hochschulstadion (Deutsche Hochschulmeisterschaften)

16.00 Vortrag Dr. Knöpp: "125 Jahre TH Darmstadt" Otto-Berndt-Halle

20.00 Vortrag Dr. Thomas Dehler: "Der Student in der deutschen Politik" Otto-Berndt-Halle

22.00 Filmkreis: "Auf den Spuren von Sherlok Holmes" Freitag, den 23. 6.

— Institutsführungen: Prof. Kirschmer

20.00 Konzert, Chor und Orchester der THD, Leitung: Prof. Dr.-Ing. Marguerre Großer Physik-Saal

22.00 Filmkreis: "Auf den Spuren von Sherlok Holmes" Samstag, den 24. 6.

11.30 Experimentalvortrag von Prof. Cramer: "Riesenmoleküle in der Chemie, Technik und Biologie" Zintl-Saal V

20.00 Festball

Räume: O.-B.-Halle, Terrasse, Mensahof, Jazzkeller, 2 Architektensäle, Lichthof, Saal 221 (Filme) Vorverkauf im AStA; Reisebüro Darmstadt, Luisenplatz 1

Eintrittspreise: Studenten: 4,-; Damen 3,- DM Näheres siehe Festschrift!

Jahresversammlung der Freunde

Bis auf den letzten Platz gefüllt war der große Physikhörsaal am 2. Juni beim Festakt der Jahrestagung der Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule. In der vorangegangenen Hauptversammlung waren Entlastung und Neu- bzw. Wiederwahl der Vorstandsmitglieder mit der gewohnten Einmütigkeit und Einstimmigkeit erfolgt. Zugewählt in den Vorstand wurden Bankdirektor Dr. Slevogi und Direktor K. Grissmer. Neue Mitglieder des Vorstandsrates wurden Dr. Neumann, Dr. B. Bauch, Dr. F. Dorn, Direktor F. Glöckler und Dr.-Ing. e. h. A. Mauser. Im Jahre des 125-jährigen Bestehens der Technischen Hochschule leistete die Vereinigung einen besonders hohen Beitrag zur Förderung von Forschung und Lehre. Wie der Schatzmeister Dr. Horst Slevogt berichtete, betrugen die Einnahmen der Vereinigung im vergangenen Jahr 425 000 DM. Hiervon stammen 81 000 DM aus Mitgliedsbeiträgen, 40 000 DM aus Zinsen, Dividenden und Wertpapierkäufen, 142 000 DM aus gebundenen und 162 000 DM aus freien Spenden. Den Instituten, Lehrstühlen und sonstigen Einrichtungen der Hochschule konnten 382 000 DM, dem Reisefond des Rektors einmalig 15 000 DM zugeführt werden. Zwölf Studenten erhielten wieder das Geheimrat Otto-Berndt-Stipendium. Weiterhin wurde eine beachtliche Summe für die Verzinsung eines noch für die Fertigstellung des Studentendorfes benötigten Betrages bewilligt. Die Verwaltungskosten betrugen Dank der großzügigen Unterstützung, die die Firma Merck der Vereinigung gewährt, nur 24 000 DM. Insgesamt hat damit die Vereinigung der Hochschule seit der Währungsreform 3,5 Millionen DM zufließen lassen. Nach der Begrüßung und Berichterstattung widmete der Vorsitzende der Vereinigung, Dr. Karl Merck, einige grundsätzliche Worte der Frage der Ausbildung von Führungskräften an den Technischen Hochschulen. Die Wirtschaft erwarte heute weniger einen Spezialisten als einen Nachwuchs, der auftretende technisch-naturwissenschaftliche Probleme nach ihrer Bedeutung für den Betrieb, die Gesamtwirtschaft und die allgemeinen Entwicklungstendenzen zu lösen fähig sei. Neben dem technischen Fachwissen seien hierzu mehr als bisher wirtschaftliche, rechtliche und sozialwissenschaftliche Kenntnisse Voraussetzung. Organisatorische wie psychologische Fähigkeiten seien ebenso zur Führung von Menschen und Betrieben unerläßlich. Wer einmal Führungsaufgaben übernehme, müsse das als Gesetz erkennen, was innerhalb des Fachbereiches ausgeschlossen sei, das Irrationale, Unwägbare und Unberechen-

Magnifizienz Prof. Witte dankte der Vereinigung und ihrem Vorstand für die großzügige Hilfe während der vergangenen Jahre und wies besonders auf die Sorgen bei der Beschaffung von Bauland für die noch zu errichtenden Institute hin.

Staatssekretär Dr. Müller vom Hessischen Kultusministerium zeigte die Entwicklung der Unterstützung der Technischen Hochschule durch das Land Hessen auf. Während 1947 der Etat 2 Millionen betragen habe, sei für das nächste Jahr ein Zuschuß von 22 Millionen DM vorgesehen. Entsprechend der Empfehlung des Wissenschaftsrates werde der Lehrkörper in den nächsten Jahren um achtzig Prozent erweitert. Auch der Vertreter des Stadtrates versprach, der Hochschule alle erdenklichen Hilfen – insbesondere bei der Beschaffung von Bauland – zukommen zu lassen.

Im abschließenden Festvortrag berichtete Prof. Walther mit dem ihm eigenen Humor über die geistige und technische Entwicklung der letzten 25 Jahre, wobei er neben der Einführung des Rechenautomaten, der Spaltung des Atomkerns und dem ersten Raumflug eines Menschen die größte Bedeutung zuerkannte.



AUSLAND

-						
P	A	rs	ī	0	n	

Einen Bericht über die Lage der persischen

Studenten an der Universität von Teheran von der Untersuchungs- und Informationskommission der Internationalen Studentenkonferenz hat der Verband der Schweizerischen Studentenschaften gefordert, da die persischen Studenten seit mehreren Monaten das Opfer von Gewaltmaßnahmen der Polizei, Schließung der Universität, zahlreichen Verhaftungen und Unterdrückung der Meinungsfreiheit sind. Auf Grund der Studentenunruhen und eines Lehrerstreiks war es in Teheran kürzlich zu einer Regierungsumbildung gekommen.

Finnland

Gegen die Veranstaltung der kommunistischen Weltjugendfestspiele im Sommer 1962 in Helsinki wenden sich der finnische Studentenverband und die finnischen Jugendorganisationen erneut in ihrem internationalen Pressedienst "Syl News Letter" Anfang Mai. Sie billigen die ablehnende Haltung der finnischen Regierung, da 1962 in Finnland Wahljahr ist

und sich die Aufmerksamkeit Finnlands daher ungestört auf die eigenen Angelegenheiten richten müsse. Nach Ansicht der finnischen Studenten- und "ugendorganisationen verletzt die Veranstaltung der Weltjugendfestspiele in Helsinki die Neutralität Finnlands und ist daher geeignet, unter Umständen weltpolitische Konflikte zu verursachen.

Udssr

Eine "Atheistische Universität" ist nach Mel-

dung von Radio Vilnius in der litauischen Stadt Sakiai gegründet worden. Die Universität soll in zweijährigen Kursen atheistische Propagandaführer ausbilden. Gegenwärtig sind rund 50 Studenten immatrikuliert. Die Studenten dieser Universität, von denen eine abgeschlossene Oberschulbildung verlangt wird, müssen jedes Jahr drei Vorträge über atheistische Themen halten. Nach Abschluß ihres Studiums sollen sie atheistische Studentengruppen in Schulen leiten.

(Pax Romana Pressedienst, Freiburg)

Cuba

In Havanna/Cuba tagte vom 20. bis 24. Mai das Exekutivkomitee des kommunistischen Weltstudentenbundes (IUS) mit dem Hauptsitz in Prag unter seinem Vorsitzenden Juri Pelikan (Tschechoslowakei). Da dem kommunistischen Weltstudentenbund mehrere südamerikanische Studentenschaften — unter anderem Bolivien, Mexiko und Venezuela — angehören, und

weitere süd- und mittelamerikanische Studentenverbände neben der Mitgliedschaft in der nicht-kommunistischen Internationalen Studentenkonferenz dem Weltstudentenbund assoziiert sind, ist zu erwarten, daß von Cuba aus künftig stärkerer Einfluß auf die häufig oppositionell eingestellten Studenten in Südamerika genommen werden soll. (VDS)

USA

Die Rassenintegration an den amerikanischen

Hochschulen macht nach einem Korrespondentenbericht aus North Carolina (USA) schnelle Fortschritte. Nachdem das Bundesgericht in Washington grundsätzlich entschieden hatte, daß jeder farbige Student Anspruch auf Zulassung zu jeder Universität und Hochschule hat, sofern er die allgemeinen Zu-

lassungsbedingungen erfüllt und es sich um eine öffentliche Unterrichtsanstalt handelt, sind es heute nur noch vier Südstaaten der USA, die in der Praxis keine rassenintegrierte Hochschule haben. Noch 1954 waren es 17 Südstaaten der USA, in denen sämtliche öffentliche Bildungsanstalten rassengetrennt waren.

Ungarn

Von 90 auf 50% ist der Anteil der Arbeiterund Bauernkinder an den ungarischen Hochschulen gesenkt worden. Zu dieser Maßnahme sah sich die ungarische Regierung gezwungen, weil die Absolventen, denen aus politischen Gründen das Abschlußexamen erleichtert worden war, den Anforderungen des Berufslebens nicht genügen konnten. Die Höhe der Stipendien wurde verringert und die Verleihung von der Höhe des elterlichen Einkommens abhängig gemacht. Dagegen werden an alle Studenten unabhängig von ihrer Herkunft und finanziellen Situation Leistungsprämien verliehen.

(La Croix, Paris)

Polen

Eine "Kampagne der Offenen Tür" ist von

der Universität Warschau gestartet worden. Sie will den jungen Menschen, die eine Universität besuchen wollen, vor Beginn ihres Studiums die Möglichkeit zu einer Begegnung mit Wissenschaftlern aller Fachrichtungen geben. Diese Treffen sollen den zukünftigen Studenten eine Vorstellung vermitteln von den Anforderungen, die in den Kursen und Exa-

mina an sie gestellt werden. Ferner erhalten sie Aufklärung über das Wesen des Studiums, über die Pflichtfächer und -vorlesungen und über die allgemeinen Anforderungen im ersten Semester. Gleichzeitig wird ihnen auch Einblick gegeben in die Spezialfächer, die sie später wählen wollen.

(Students Review, Warschau)

DEUTSCHLAND

Gegen die Tübinger und Stuttgarter Studentenzeitschrift "Notizen" wurde am 8. Mai 1961 eine einstweilige Verfügung ausgesprochen, durch die der Verkauf der Ausgabe Nr. 32 (Mai) untersagt wurde. Anlaß zu dieser Maßnahme war ein entsprechender Antrag der farbentragenden Verbindungen, die sich durch das Titelbild der Ausgabe Nr. 32, auf dem neben biertrinkenden Korporationsstudenten eine biertrinkende Fastnachtsgesellschaft abgebildet ist, beleidigt fühlten.

"Tübinger Notizen"

Die Redakteure der Studentenzeitschrift "Marburger Blätter" bangen um den Fortbestand ihrer Zeitschrift. Ihre Redakteure hatten im Januar offenbar allzu kritisch die Tätigkeit der studentischen Selbstverwaltung gewürdigt. Ergebnis dieses Meinungsstreites war es, daß der AStA die Wahl des Schriftleiters durch die Redaktionsversammlung der "Marburger Blätter" zweimal nicht bestätigte. Nach den Statuten der Marburger Studentenzeitschrift war damit die gesamte Redaktion gezwungen zurückzutreten. (studpress)

"Marburger Blätter"

Rund 10 000 DM Schulden soll das "Prisma", Studentenzeitschrift für Göttingen, Hannover und Clausthal-Zellerfeld, bei seinem Göttinger Drucker haben. Die Druckerei ist unter diesen Umständen nicht mehr bereit, die Zeitschrift weiterhin herzustellen. Nach unbestätigten Meldungen will man in Hannover aus dieser Situation die Konsequenzen ziehen und eine eigene Studentenzeitschrift planen, die jedoch vor Beginn des kommenden Wintersemesters nicht erscheinen wird. (studpress)

Göttinger "Prisma"

Eine Dokumentar-Ausstellung über den Algerienkonflikt, die Studenten aufbauten, wurde in der vorigen Woche in der Universität Göttingen eröffnet. Sie zeigt Dokumente und Literatur aus französischen, algerischen und neutralen Quellen über den Algerien-Krieg, seine Ursachen, die Folgerungen und Konzentrationslager und über die Arbeit internationaler Hilfsorganisationen. Bei der Eröffnung sprachen Prof. Richard Nürnberger und Prof. D. Ernst Wolf und betonten, daß Stillschweigen zu diesen Vorgängen und Dulden des Terrors in Algerien auch uns mitschuldig machten. (VDS-info.)

Algerienkrieg

Die Unterbrechung aller Beziehungen zu den Studentenschaften der Ostblockstaaten bis zur Freilassung des in der Tschechoslowakei inhaftierten Ostreferenten des Bundesvorstandes Dieter Konieckis hat der Liberale Studentenbund Deutschlands (LSD) auf seiner 14. außerordentlichen Delegiertenversammlung am 13./14. Mai in Altenkirchen/Westerwald beschlossen. Außerdem hat der LSD erneut nachdrücklich die sofortige Freilassung Dieter Konieckis gefordert. Der LSD mißbilligte ferner die Reise seines Mitgliedes Klaus Horn nach Leipzig zu einem Seminar über die Koexistenztheorie Lenins. (VDS-info)

Liberaler Studentenbund

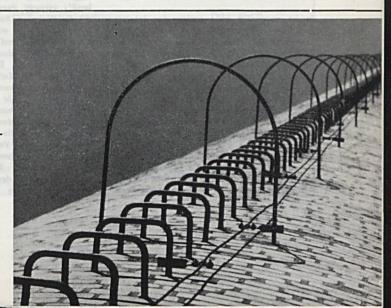
Ende Mai wird Herr Kempf vom Hochschulsekretariat die Technische Hochschule verlassen, um die Leitung der Verwaltung des neuen Rechenzentrums zu übernehmen.

Herr Kempf ist seit dem 1. 11. 1954 an der Hochschule tätig und hat durch sein unbürokratisches und hilfsbereites Verhalten viele Freunde unter den Studenten gewonnen.

Sekretariat

Nach Redaktionsschluß

Zum Rektor der Technischen Hochschule Darmstadt wurde für die kommende Amtsperiode Professor Dr. phil. Witte, Ordinarius für physikalische Chemie, wiedergewählt. — Professor Dr.-Ing. Kirchberg wird als Nachfolger von Professor Dr.-Ing. Triebnigg das Dekanat der Fakultät Maschinenbau übernehmen.



Bücher

"Der gelbe Stern" Die Judenverfolgung in Europa 1933–1945. Verlag Rütten und Loening, Hamburg, 224 Seiten, Großformat, DM 16,80.

Nachdem in den ersten Nachkriegsjahren eine ausgesprochene Abwehrhaltung im deutschen Volk gegenüber allen Fragen der Rassenverfolgung im Dritten Reich bestand, nimmt allmählich das Interesse — vor allem der jungen Generation — an offener und stichhaltiger Information über die jüngste deutsche Vergangenheit zu. Eine ganze Reihe vorwiegend wissenschaftlicher Untersuchungen und Dokumentationen sind bereits erschienen, die das Tabu dieses Themas durchbrachen und die notwendige Aufgabe einer Aufklärung über die Judenverfolgung in Angriff nahmen.

Was bisher völlig fehlte war ein Fotoband, der das erstaunlich umfangreiche und weithin unbekannte dokumentarische Bildmaterial zu diesem Thema auswertete und der Offentlichkeit präsentierte. Es gelang dem Verlag Rütten und Loening mit dem "Gelben Stern" eine beachtliche Lücke in dieser Reihe der bisherigen Veröffentlichungen zu schließen. Er-schütternder als alle Berichte von Massenmorden ist das Bild, das am Beispiel erkennbarer, lebendiger Menschen das volle Ausmaß und die reale Gestalt von Terror und Leiden sichtbar vor Augen führt. Bei den 196 Fotos dieses Dokumentarwerkes handelt es sich um eine umfassende Auswahl unter Bildern aller einschlägigen Archive des Inund Auslandes. Sie enthält Fotos über die ersten Jahre des Dritten Reiches, die Deportationen der Juden aus dem ganzen besetzten Europa in die Vernichtungslager bis zu der Befreiung der letzten überlebenden Opfer durch die Alliierten.
"Der Gelbe Stern" darf wohl als eines der

"Der Gelbe Stern" darf wohl als eines der erschütternsten zeitgeschichtlichen Bücher angesehen werden. Sicher gibt es zahlreiche Menschen, denen die Lektüre der Dokumente über das Dritte Reich sehr beschwerlich ist. Aber es wird niemanden geben, der imstande wäre, diesen Bildband ungerührt aus der Hand zu legen.

Philip Noël-Baker: Wettlauf der Waffen – konkrete Vorschläge für die Abrüstung. Kindler-Verlag München, 743 S., DM 22,-.

Es ist erstaunlich, wie gering das Interesse der breiten Öffentlichkeit an den Ost-Westverhandlungen über die Abrüstung ist. Das Zeitbewußtsein hinkt hier um Jahrzehnte hinter der militärischen Entwicklung her. Man hat keine rechte Vorstellung von der Situation, in der wir uns befinden. Prof. Weizsäcker äußerte sich kürzlich in gelassenem Ton zu dieser Lage, als er sagte, es müßten erst einmal ein paar hundert Atombomben auf ein Wohngebiet gefallen sein, um die Weltöffentlichkeit zu mobilisieren.

Tatsächlich ist man als normaler Zeitungsleser auch garnicht fähig, die Kriegsrisiken der heutigen militärischen und politischen Lage abschätzen zu können. Es fehlen dazu die Kenntnisse über die Hintergründe der Abrüstungsverhandlungen, es fehlt die Möglichkeit, den Einfluß der Militärs und der Waffenindustrie beurteilen zu können. Es fehlt vor allem Detailwissen über den Entwicklungsstand der atomaren, biologischen und chemischen Kampfmittel.

Das Buch des englischen Friedensnobelpreisträgers Noel-Baker gibt auf diese Fragen Antwort. Dieser erfahrene englische Politiker läßt sich nicht auf pazifistische Predigten ein; er legt nüchterne Zahlen und Dokumente vor und analysiert. Er schildert die Abrüstungsverhandlungen in der Zeit zwischen den Weltkriegen und nach 1945. Er weist nach, daß die Abrüstungsgespräche bis zum Jahre 1955 wegen der Haltung der Russen erfolglos blieben, später aber an dem Zögern und der Unwilligkeit der Eisenhower-Regierung scheiterten.

Ein Nachwort vom Oktober 1960 berücksichtigt die Ereignisse der letzten zwei Jahren. Leider konnten jedoch die Ergebnisse der Genfer Sachverständigenkonferenzen seit 1958, die sich mit den besonders schwierigen Fragen der Inspektion und Kontrolle befaßten, nicht mehr behandelt werden. Trotzdem ist dieses Buch ungemein zeitgemäß. Es hat kürzlich den Albert-Schweitzer-Preis erhalten. ra

Heinrich Netz: Formeln der Technik, Band 1 Georg Westermann Verlag, schweig, 483 Seiten, DM 18,—.

In sehr klarer und übersichtlicher Anordnung wurden hier unter der Leitung von Professor Dr.-Ing. Netz von der Technischen Hochschule München die wichtigsten technischen Formeln zusammengestellt. Eingeteilt in drei Hauptabschnitte — Formeln der Physik, Formeln der Bauelemente von Maschinen und Anlagen, Formeln der spanlosen und spanabhebenden Umformung - werden neben den allgemeinen und gebräuchlichsten auch spezielle Formelz. B. der Gießereitechnik - aufgeführt und durch einfache Beispiele der Anwendung erläutert. Diagramme und zeichnerische Darstellung der Probleme bilden eine wertvolle Ergänzung, ebenso wie die Hervorhebung des Wichtigen durch eine zweite Druckfarbe. Ein ergiebiges Schrifttumsverzeichnis wird der Leser dankbar zu benutzen wissen. — Ein zweiter Band, der Formeln für Konstruktion und Betrieb von Maschinen und elektrischen Anlagen sowie chemische und verfahrenstechnische Grundformeln behandelt, ist in Vorbe-

HALLOO-WACH macht munter

Karl Buchheim: Die Weimarer Republik Grundlagen und politische Entwicklung Kösel-Verlag, DM 5,80.

Hans Lehmann:
Die Weimarer Republik
Darstellung und Dokumente
Günter Olzog-Verlag, DM 4,80.

Das Wissen um die politischen Vorgänge in der Weimarer Republik ist für das Verständnis des gegenwärtigen Zustandes der Bundesrepublik Deutschland von großer Bedeutung. Deshalb muß jeder Versuch der Schilderung der damaligen Zeit begrüßt werden, wenngleich nicht nur ausgezeichnete Erscheinungen den Büchermarkt bereichern. Besonders bei relativ kleinen Ausgaben bestehen Schwierigkeiten.

Der Münchener Prof. Buchheim ("Die Geschichte der Christlichen Parteien in Deutschland") versucht durch einen historischen Abriß die Weimarer Republik darzustellen. Durch eingefügte Zitate wird eine Verbindung zwischen Dokument und Schilderung erreicht. Dabei wird die Bedeutung der Zentrumspartei leicht überbetont. Die kommentarlose Dokumentation (eine Zeittafel) und die Literaturangaben sind etwas spärlich ausgefallen. Demgegenüber geht Hans Lehmann in soziologischer Betrachtungsweise vor. In einem flüssigen Stil werden sowohl die innenpolitischen als auch die - sehr bedeutenden außenpolitischen Vorgänge geschildert. Besonders erwähnenswert erscheint die Dokumentensammlung. Sie enthält v.a. Aufstellungen über deutsche Reparationsleistun-

gen, die politische Justiz und die Rede von

Otto Wels (SPD) zum Ermächtigungsgesetz. Eine Statistik sämtlicher Regierungen des Deutschen Reiches von 1919—1933 und die Ergebnisse der Reichstagswahlen in diesem Zeitraum schließen sich an. Die umfangreiche Literaturangabe sei nicht vergessen.

Ein Buch, das trotz des geringen Umfanges die Möglichkeit des Verständnisses der damaligen Situation gestattet. Ia

Verlag Kiepenheuer & Witsch Simenon-Kriminalromane Band. 45 – Maigret in Nöten

Gemächlich wie die Seine fließt die äußere Handlung dieses Krimis. Er spielt an den Quais, wo Basalt- und Marmorbrocken verladen werden — und ebenso hart ist die innere Spannung in den geschliffenen Dialogen, in denen sich Maigret mit einem eigensinnigen, ihm ebenbürtigen Bauunternehmer und Chef einer großen Schlepperflotille anlegt. Dieser Krimi ist wieder ein großartiges Beispiel für Simenons Kunst, mit Nuancen und feinen Mitteln Überraschendes zu erreichen. he

Besonderer Hinweis:

Ja-Sager oder Nein-Sager?
Das Hamburger Streitgespräch deutscher Autoren aus Ost und West, erschienen in der Reihe "Das Aktuelle
Thema", Verlag Rütten und Loening,
Hamburg.



Es stand in der WELT

Dieser sprichwörtliche Satz unterstreicht die Bedeutung und Zuverlässigkeit von Artikeln und Nachrichten in der WELT. Er kennzeichnet das hohe Ansehen, das diese unabhängige Tageszeitung für Deutschland überall genießt. Als wichtiges Informationsblatt wird die WELT von Studierenden an allen Universitäten und Hochschulen bevorzugt gelesen.

Vorzugs-Abonnement für Studierende

DM 3,30 bei Abholung DM 4,50 bei Botenzustellung

Abholstellen in Darmstadt: Akademische Buchhandlung Hans Jürgen Stehlmann, Lauteschlägerstraße 1-2 Hochschulbuchhandlung Dipl.-Ing. R. Wellnitz, Lauteschlägerstraße 4

Das ISK-Schachturnier auf Hochtouren

Das vom ISK veranstaltete und durch einen äußerst spannenden Verlauf gekennzeichnete 1. Internationale Schachturnier 1961 findet auch weiterhin in der Offentlichkeit einen starken Widerhall. Zwar zeigt sich immer mehr ein starker Leistungsunterschied zwischen der Spitzengruppe und dem übrigen Feld, doch verloren die Favoriten schon manchen halben oder auch ganzen Punkt an die sehr tapfer kämpfenden Verfolger, von denen Gerold Kantner u. a. Ulrich Knöpp bezwingen konnte. Nach 17 Runden haben 12 Punkte oder mehr die Türken Güngörn, Akay und Demiralay sowie die Deutschen Pache, Daum, Knöpp, Nonnenmacher und Backhaus. Nur diese acht Spieler haben noch Aussicht, den Pokal zu gewinnen. Kiebitz.

Das AStA-Auslandsreferat bietet Ihnen 1961

Seereisen nach Griechenland. Abfahrt: 19.7., 26.7., 13.9.

3 Wochen mit Vollpension

DM 341,— DM 269,— 2 Wochen mit Vollpension

Weitere Seereiseziele: Türkei, Zypern, Israel

Unterrichten Sie sich bitte über unser umfangreiches Angebot an weiteren Studien- und Ferienreisen.

Sprechstunden Mo-Fr 12.00-13.30 Uhr in Raum 24, Tel. 852718

Und nach den Prüfungen nach Paris: 22. 10.-28. 10. 61 für nur DM 50,-.

Vom Zählen b. z. Gleichg.		Diffreentialrechnung	DM 9,60
1. Grades	DM 7,80	Integralrechnung	DM 4,80
Von Proportionen b. z.		Differentialgleichungen	DM 3,60
Gleichg. 2. Grades	DM 9,60	Statik starrer Körper	DM 9,60
Vom Punkt bis zum Kreis Von Koordinaten b. z.	DM 6,50	Festigkeitslehre	DM 9,60
Funktionsgleichungen	DM 8,50	Dynamik des Massenpunktes	DM 6, -
Arithmetik und Algebra	DM 5,-	Dynamik des Massenkörpers	DM 4, -
Gleichungen der Geraden	DM 6,50	Einf. i.d. Vektorenrechnung	DM 2,50
'u. l. u. i. u			

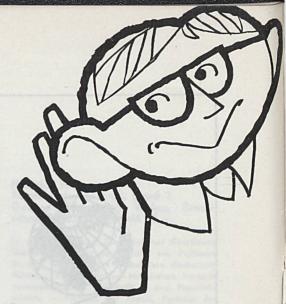
vermitteln grundlegende Kenntnisse in leicht faßlicher, prägnanter Darstellungsart, Prospekt D kostenlos bitte anfordern. – Demmig-Bücher sind zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Demmig-Verlag Kom.-Ges., (16) Darmstadt-Eberstadt

Einem "on dit" zufolge . . .

... geht unter kernphysikalisch vorgebildeten Studentinnen das Gerücht um, daß 1 barn die Flächeneinheit für moderne Damenschuh-Absätze ist.

. . . hatte ein musikalisch interessierter Student im Zinke-Praktikum Schwierigkeiten, weil er sich entscheiden mußte, ob die Abkürzung KV Kilovolt oder Köchelverzeichnis bedeutet. ... handelt es sich bei der kürzlich in der Mensa aufgestellten Blinkanlage (Reißer-Auge), um einen magischen Indikator, der jedesmal aufleuchtet, wenn ein Nichtberechtigter für 90 Pfennig ißt.

... hielt Professor Walther anläßlich des Treffens der Freunde der THD einen Vortrag über das Thema: "25 Jahre Rechenautomaten an der THD."



Raymond Mokoena in Darmstadt

Ich betrachte es als einen schönen Erfolg, daß nach fünfjährigem Bestehen unseres monatlich erscheinenden Informationsblattes eine Information gegeben werden kann, die zugleich eine Aktion bedeutet: aus den Überschüssen unserer "Darmstädter Blätter - wir lesen für Sie", die nur dadurch möglich geworden sind, daß großzügige Firmen seit Jahren das Papier, den Druck, die Reproduktionen, das Zusammentragen und Heften der Blätter kostenlos übernommen haben, hat auf Anregung des seither verantwortlichen Redakteurs, Herrn Dipl.-Ing. Geisendörfer, sich die Redaktion dafür entschieden, die angesammelten Mittel für ein Stipendium eines farbigen Kommilitonen aus der Südafrikanischen Union bereit zu stellen. Wir wollten damit gegen die Rassentrennung, die auch nach Ansicht des amerikanischen Präsidenten eine Rassendiskriminierung ist, uns aussprechen und das Schicksal eines uns von der afrikanischen Kongreßpartei als geeignet ausgesuchten jungen Afrikaners in unsere Hände nehmen. Die Wahl fiel auf Raymond Mokoena, 24 Jahre alt, aus Johannesburg, der bis 1958 an der University of Natal studiert hatte und dann vom weiteren Studium seiner Hautfarbe wegen ausgeschlossen wurde. Er ist der Sohn einer Waschfrau und erhielt infolge besonders guter Lei-

stungen zunächst ein Stipendium zum Besuche der Höheren Schule in Johannesburg und dann der University of Natal.

Den Wert unseres Stipendiums sehe ich in Folgendem: ein farbiger Student erlebt vielleicht zum ersten Mal in seinem Leben - und mit ihm viele seiner Landsleute - daß der "weiße Mann" nicht nur ein unerbittlicher Herr sein kann, sondern bereit ist, jedem Menschen die gleiche Chance einzuräumen, unabhängig von der Hautfarbe, Rassen- und Religionszugehörigkeit. Raymond Mokoena wird nun im Goetheinstitut in Rothenburg o. T. zunächst zwei Monate lang die deutsche Sprache erlernen und sich dann entscheiden, mit welchem Studium er seinem Heimatland den größten Dienst erweisen kann.

Für uns Deutsche aber hat diese gezielte Aktion die Bedeutung, daß hier bewiesen wird, daß der Einzelne, eine Gruppe von einigen tausend Einzelnen — unseren Mitarbeitern und Lesern — sehr wohl auch außerhalb einer Partei oder eines Amtes politisch tätig werden kann. Was der Osten im Wege der staatlichen "Universität der Völkerfreundschaft" in Moskau zuwege bringt, verwirklichen hier in Darmstadt deutsche Studenten ohne alle staatliche Hilfe. Dr. Günther Schwarz



Bitte fordern Sie von uns oder vom Fachhandel Prospekte!

. . . immer erfolgreich immer gut bedient

mit Sportgeräten und Sportbekleidung von

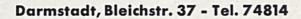


Darmstadt Ernst-Ludwig-Str. 11 Telefon Nummer 70194

Das Fachgeschäft mit der großen Auswahl führender Markenartikel
UNVERBINDLICHE BERATUNG IN ALLEN SPORT- UND CAMPINGFRAGEN

Fahrschule Schneider

Schulfahrzeuge: Ford 17 M, VW Eigenes Übungsgelände



Apotheke an der Hochschule

Pächter August Ernstberger
DARMSTADT
Magdalenenstraße 29, Tel. 75814

LABORTECHNIK DARMSTADT

Fachgeschäft für Laboratoriumsbedarf Apparate und Geräte für Wissenschaft und Technik

Darmstadt

Lauteschlägerstraße 3 · Telefon 71030

Christa Oppel

Schreib- und Übersetzungsbüro

Dissertationen Diplomarbeiten

DAR MSTADT Parcusstraße 11 Telefon 76358

Die Bockshaut

ALT-DARMSTADTER SPEISERESTAURANT • HOTEL

Verbindungslokal - Großer Saal • Konferenz- und Fremdenzimmer

KIRCHSTRASSE 7 • Ruf 74558

Pschorrbräu, München, u. Michelsbräu, Babenhausen, im Fasausschank

FRISEUR AN DER HOCHSCHULE

Damen- und Herrensalon Parfümerie

FRANZ WEGENER

Inh. Hans Mertens

DARMSTADT
Lauteschlägerstraße ½ · Telefon 75037

Hochschulbuchhandlung

Dipl.-Wirtsch.-Ing.
RUDOLF WELLNITZ

Technisches Antiquariat

Darmstadt, Lauteschlägerstr. 4 Direkt an der Hochschule

MAUSER Stahlmöbel

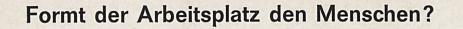
Bitte verlangen Sie Sonderprospekte



MAUSER-WERKE GMBH WALDECK-OST über BAD WILDUNGEN 1







Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Persönlicher Einsatz und schöpferische Hingabe gestalten den Ablauf der beruflichen Anforderungen des Arbeitsplatzes. Aufgeschlossene Menschen mit Verständnis für weite Zusammenhänge waren die Voraussetzung für die Entwicklung unseres technischen Zeitalters.

Die AEG hat zu dem hohen Stand unseres modernen Lebens durch Pioniertaten und zielbewußte Kleinarbeit maßgeblich beigetragen.

Jungen, einsatzfreudigen Ingenieuren und Wissenschaftlern, die mit schöpferischem Gestaltungswillen fruchtbare Arbeit leisten, bietet die AEG je nach persönlicher Veranlagung und Neigung ein entsprechendes Arbeitsfeld in

Entwicklung Berechnung Konstruktion Betrieb Prüffeld Projektierung Vertrieb

Wir treten gern mit Ihnen in einen persönlichen Kontakt. Bitte schreiben Sie unverbindlich an:

ALLGEMEINE ELEKTRICITÄTS-GESELLSCHAF Zentrales Ausbildungswesen Ingenieurnachwuchs Frankfurt/Main S 10, AEG-Hochhaus

rung ist, uns aussprechen und des Schicksal eines uns von der afrikanischen Kongreßpartei als geeignet ausgesuchten jungen Afrikaners in unsere Hände nehmen. Die Wahl fiel auf Raymond Mokoena, 24 Jahre alt, aus Johannesburg, der bis 1958 an der University of Natal studiert hatte und dann vom weiteren Studium seiner Hautfarbe wogen ausgeschlessen wurde

Gruppe von einigen tausend Einzelnen — unseren Mitarbeitern und Lesern – sehr wohl auch außerhalb einer Partei oder eines Amtes politisch tätig werden kann. Was der Osten im Wege der staatlichen "Universität der Völkerfreundschaft" in Moskau zuwege bringt, verwirklichen hier in Darmstadt

PROEBSTER

REISSZEUGE

C. PROEBSTER JR. NACHF.
REISSZEUGFABRIK · NÜRNBERG

AEG

ALLGEMEINE ELEKTRICITÄTS-GESELLSCHAFT